

Berliner Morgenpost, 9. Februar 2004

## Aktionen gegen rechtsradikale Übergriffe

Johannisthal ist in Sachen Rechtsextremismus in unrühmliche Schlagzeilen geraten. Übergriffe auf linke Jugendliche häuften sich 2003. Die Polizei entdeckte im November den illegalen Jugendclub "Wolfsschanze". Im September gründete sich die rechtsextreme "Berliner Alternative Südost" und initiierte im Dezember eine Neonazi-Demo in Schöneweide.

Die Politik weiß, dass sie sich dem Problem stellen muss. Für den 10. Februar hat Treptow-Köpenicks Bürgermeister Klaus Ulbricht (SPD) den "Runden Tisch Johannisthal" einberufen. Vertreter aus dem Bezirksamt, vom Verfassungsschutz, der Polizei, aus Jugendeinrichtungen und Schulen wollen die Situation mit dem MBR-Team analysieren und beraten, wie gegen Rechtsextremismus vorzugehen ist.

"Es ist das erste Mal, dass in Berlin ein solches Treffen in einem Sozialraum stattfindet", sagt Bianca Klose, Leiterin des Teams "Mobile Beratung gegen Rechtsextremismus" (MBR) in Mitte, das von Bund und Land finanziert wird. "Die Situation ist be-

drohlich", urteilt sie. 2001 und 2002 habe der Verfassungsschutz den Ortsteil im Südosten Berlins noch nicht als Brennpunkt rechter Aktivitäten eingeschätzt, doch seit 2003 sei dies der Fall. Im ersten Halbjahr wurden 41 Gewaltstraftaten gezählt, ein Drittel werde dem Gebiet Treptow-Neukölln zugeordnet. Zur Statistik trägt bei, dass eine Reihe von Übergriffen am Bahnhof Schöneweide angezeigt wurde. Das hat mit dem Beratungsteam MBR zu tun. Die Mitarbeiter haben sich mit 14-16-jährigen Jugendlichen beschäftigt, die angepöbelt und angegriffen wurden. "Nach vielen Gesprächen waren sie zum ersten Mal bereit, Anzeige bei der Polizei zu erstatten." Bianca Klose weiß, wie viel Mut es den Einzelnen gekostet hat. "Denn Johannisthal ist ein Kiez. Man kennt sich. Täter und Opfer gehen in manchen Fällen sogar in eine Schulklasse." "Wir wollen die Akteure gegen Rechtsextremismus professionalisieren", sagt sie. "Das A und O dabei ist die Analyse der Situation." Damit will der "Runde Tisch Johannisthal" am 10. Februar beginnen.

Berliner Morgenpost, 16. Februar 2004

## Runder Tisch gegen Übergriffe von Rechtsradikalen in Johannisthal

Der Runde Tisch Johannisthal hat erste Folgen. "Die Polizei wird an den Plätzen stärker in Erscheinung treten, wo Anwohner Angst vor rechtsextremistischen Übergriffen haben", kündigt Michael Knappe an. Der Chef der Polizeidirektion 6 gehört dem Gremium an, das sich in diesen Tagen zum ersten Mal getroffen hat. Besonders beeindruckt habe ihn, wie Jugendliche von Angriffen und Einschüchterungen erzählten, die sie etwa am Bahnhof Schöneweide erlebt hätten, und wie Eltern die Angst um ihre Kinder beschrieben. "Auch Segelfliegerdamm und Sterndamm sind Brennpunkte", sagt Knappe. Er fordert mehr Zivilcourage. "Weggucken ist nicht der richtige Weg." Die Polizei könne nur dann handeln, wenn sie informiert werde.

"Es war ein guter Auftakt, aber wir dürfen nicht bei einer Analyse stehen bleiben", sagt Bürgermeister Klaus Ulbricht (SPD), der den Runden Tisch einberufen hatte. "Wir wollen erreichen, dass ein bürgerschaftliches Klima in Johannisthal entsteht und öffentliche Räume nicht den Rechtsextremen überlassen werden." Dazu müssten Schulen, Jugendclubs, Vereine, Polizei und Politik beitragen. Der Runde Tisch wird erneut im März tagen. "Wir wollen beraten, was man tun kann und wie man Übergriffen vorbeugen kann", sagt Bianca Klose von der Mobilien Beratung gegen Rechtsextremismus.

## **Neonazis verkleiden sich als Autonome** **Verfassungsschützer befürchten mehr Auseinandersetzungen zwischen Extremisten**

Wer sich anzieht wie ein Autonome, muss noch lange keiner sein. Er könnte nämlich auch - politisch gesehen - das Gegenteil sein, ein Neonazi. Denn immer mehr Rechtsextremisten bedienen sich in Berlin bewusst des Aussehens und der Aktionsformen ihrer linken Gegner. Bei einer für den 1. Mai in Berlin geplanten NPD-Demonstration wollen Rechte mit einem eigenen so genannten Schwarzen Block aufmarschieren.

Dieser Block bei Demos ist eigentlich eine Erfindung von Linksradiكالen. Unter dem Titel "Aufruhr und Widerstand - Wir steuern bald das Kanzleramt" mobilisiert nun im Internet ein "Black Block" zu dem Aufmarsch, zu dem die NPD bei der Polizei mehr als 1 000 Teilnehmer angemeldet hat.

Während Sicherheitsbehörden versuchen, mehr über diesen Wandel des Aussehens herauszufinden, liefern die rechtsextremen Verfasser des Internet-Aufrufs ihre Begründung gleich mit: "Die schwarze Kleidung ermöglicht uns, dass wir von Antifas, Bullen und anderen nicht mehr auseinander gehalten und erkannt werden können." Der "nationalrevolutionäre, schwarze Block" unterscheidet sich von den anderen Demonstranten durch seine Aktionen wie Blockaden oder Besetzungen. Dabei verwenden die Rechten bewusst linke Rhetorik: Am 1. Mai wolle man gegen Kapitalismus, Globalisierung und "für eine sozialistische Alternative" demonstrieren.

Bereits beim Neonazi-Aufmarsch am 6. Dezember von Rudow nach Schöneeweide hatten sich Rechte genau wie linke Antifa-Aktivistinnen gekleidet. Sie trugen Kapuzenshirts, Basecaps und Sonnenbrillen. Auf den Transparenten, die sie trugen, fanden sich Sprüche wie "Kapitalismus zerschlagen - Autonomen Widerstand organisieren". Selbst Polizisten dachten, es mit der falschen Demonstration zu tun zu haben.

Dass Rechte in andere Jugendkulturen einsickern, beobachten Szenekenner schon seit einiger Zeit. "Es gibt eine Ausdifferenzierung rechtsextremen Outfits hin zu einer Über-

schneidung mit anderen Jugendkulturen, die von der Herkunft nicht rechts sind", sagt **Bianca Klose vom Mobilien Beratungsteam gegen Rechtsextremismus**. Rechte würden zum Beispiel auch in der Hiphop-Szene teilweise akzeptiert. So habe an einer Schule im Ostteil ein Hiphopper den Hitlergruß gezeigt.

Dieser Image-Wechsel bereitet nicht nur linken Gruppen wie der Antifa - die um ihre Symbole fürchten - Sorgen. Auch die Sicherheitsbehörden befürchten eine Verschärfung der Lage. So bedienen sich die rechtsradikalen "neuen Autonomen" auch der Aktionsformen, die bislang nur den Linksextremisten zugeschrieben worden waren. Eine Gruppierung, die sich "Autonome Nationalisten Berlins" nennt, veröffentlicht nicht nur Steckbriefe und Fotos ihrer missliebiger Personen. Sie sprüht auch - vor allem in Pankow - mit Farbe Hassparolen an Wände. "Manche verwenden spiegelbildlich die Aktionsformen ihrer linken Gegenspieler", sagt Verfassungsschutzsprecher Claus Guggenberger. "Es besteht die Gefahr des gegenseitigen Hochschaukelns von Aggressionen, was zu Gewaltausbrüchen führen kann. Das bereitet uns Sorge."

### *Plakatkampagne gegen Rechte*

Dass es vermehrt Konflikte gibt, merken Polizei und Verfassungsschutz an einer Plakatkampagne, die linke Gruppen vor einigen Wochen begonnen haben. Auf tausenden Plakaten, die in Berlin geklebt wurden, werden Namen und Fotos von zwölf rechten Kadern gezeigt. Die Plakate wurden meist in den Kiezen geklebt, wo diese Leute wohnen. Jetzt ermittelt die Polizei gegen die Verfasser wegen Verstoßes gegen das Kunsturhebergesetz. Doch die sind anonym. Verantwortlich für die Plakate zeichnet eine Initiative "Bürgerinnen beobachten Neonazis". In der Vergangenheit, so Guggenberger sei es immer wieder zu Gewalttätigkeiten gegen Personen gekommen, die wegen ihres Aussehens fälschlicherweise für Mitglieder der links- oder rechtsextremistischen Szene gehalten worden seien.

## "Nazis sind kaum noch zu erkennen"

*Frau Klose, warum sehen einige Neonazis plötzlich aus wie Links-Autonome?*

Teile der Rechten versuchen einerseits eine inhaltliche Erneuerung ihrer Szene. Zum andern soll es Bürgern weitaus schwerer gemacht werden, sich vom Rechtsextremismus abzugrenzen. Man kann sich von Skinheads im klassischen Outfit der Bomberjacke und Glatze besser distanzieren als von Leuten, die einfach nur schwarz gekleidet sind oder ganz normal aussehen. Deshalb sind in der rechtsextremen Szene seit einigen Jahren Überschneidungen mit anderen Jugendkulturen zu beobachten, die nicht genau rechts sind. So übernehmen Rechte Kleidung und Aktionsformen des autonomen Spektrums.

*Welche sind das?*

Da ist zum Beispiel die schwarze Kleidung bei rechten Aktivisten im Stil der Autonomen, zum andern symbolische Hausbesetzungen wie im letzten Jahr von der Kameradschaft Tor in Schönfließ. Das sind auch Demo-Transparente wie "Organisiert den nationalen schwarzen Block" oder "Unterstützt die örtliche Anti-Antifa."

*Heißt das, dass es für Ausländer und so genannte alternativ Aussehende gefährlicher geworden ist?*

Die Gefahr ist nach wie vor hoch. Es heißt immer, dass von den Demokraten zu wenig Zivilcourage gezeigt wird. Dies wird nun noch dadurch verstärkt, dass Rechtsextremisten inzwischen kaum noch als solche zu erkennen sind.

*Der Skinhead - ein Auslaufmodell?*

Das klassische rechtsextreme Aussehen mit Bomberjacke und Glatze ist nach wie vor in Berlin zu finden. Vor allem am Stadtrand gibt es die noch. Je mehr man aber in die Innenstadt gelangt, desto stärker tauchen Rechtsextreme unter. Dort legen sie Wert darauf, im Straßenbild weniger erkennbar zu sein.

*Vermischen sich auch die Inhalte?*

Die rechtsextremen Aktivisten besetzen eben nicht nur Aktionsformen der Linken. Sie formulieren in letzter Zeit Inhalte wie die soziale Lage der nationalen Jugend oder auch die Auswirkungen von Kürzungen und Reformen.

*Haben sie damit Erfolg?*

Ja. Wenn rechte Aktivisten zum Beispiel bei Veranstaltungen gegen Rassismus und Antisemitismus auftauchen, ist es schwieriger geworden, sie dort zu erkennen und sich von ihnen abzugrenzen.

*Das Gespräch führte Andreas Kopietz.*

## Radio Fritz „Nazis im neuen Gewand“

Interviewtranskription vom 20. Februar 2004

M1: „... einen kahl rasierten Schädel haben, dann Springerstiefel an den Füßen und Bomberjacke um die Schulter hängen. Und, ja es ist eigentlich sehr sehr einfach zu erkennen. Allerdings könnte das in Zukunft mit dem einfach erkennen etwas schwieriger werden.“

M2: „Erklären tut uns das jetzt unser Fritzreporter Jörg Poppendick der ist bei uns im Studio. Hallo erstmal.“

Jörg Poppendick: „Hallo.“

M2: „Was ist denn los. Werfen sich jetzt die Rechten Tarnkappen über oder warum sind sie nur noch schwer als Rechte auszumachen?“

Jörg Poppendick: „Ja, Tarnkappen nicht direkt, aber so ähnlich. Und zwar sieht man immer öfter Rechtsradikale vor allem auf Demo's mit Che Guevara T-Shirts, Basecaps, Sonnenbrille, Piercings und sogar Palitüchern. Die tragen sie natürlich weil sie gegen Israel sind. Wenn man die so in der Gruppe sieht, mit den Klamotten, könnte man ja denken: hey, das sind doch Linke. Sind sie aber gar nicht, sondern einfach nur ziemlich gut verkleidete Rechte.“

M1: „Okay, Warum machen die das? Haben die eine Sinnkrise und was ist das?“

Jörg Poppendick: „Also alle machen das ja auch gar nicht, sondern nur ein Teil. Das ist abhängig von der Region, aus der sie kommen. Das heißt in den Randgebieten von Berlin oder Brandenburg sieht man noch ziemlich häufig den klassischen Rechten mit. Du hast es eben erzählt mit Bomberjacke, Springerstiefel und ner Glatze. Je mehr man dann jedoch Richtung Innenstadt geht, desto eher trifft man auf verkleidete Rechte, die im Stadtbild dann überhaupt nicht mehr auffallen. Warum sie das so machen, also sich anders kleiden, hat ganz verschiedene Gründe: Da ist zum Einen das städtische Umfeld, dass abfärbt. Zum Anderen wollen sie die Menschen einfach nur verunsichern und sie wollen anderen Jugendkulturen, beispielsweise den Linken, etwas klauen, und zwar deren Symbole.“

**M1. „Timm Köhler von der Mobilen Beratung gegen Rechtsextremismus.“**

**Timm Köhler: „Zum Anderen steht dahinter aber auch eine klare Strategie. Also die rechtsextreme Szene möchte sich erneuern. Sie möchte nicht erkennbar sein. Ein**

**klassischer rechtsextremer Skinhead ist eben sehr schnell erkennbar im öffentlichen Raum und damit auch Objekt für staatlichen Druck oder gesellschaftlichen Druck.“**

**M1: „Timm Köhler und seine Kollegen von der Mobilen Beratung gegen Rechtsextremismus beobachten die Rechte Szene in Berlin ziemlich genau. Er ist der Meinung, dass das, was da so aussieht wie ein rechter Modetrend, sehr gut organisiert ist. Er vermutet die beiden Gruppen Freie Nationalisten und die Kameradschaft Tor dahinter.“**

M2: „Glaub ich ja gar nicht. Neonazis die wirklich Che Guevara T-Shirts und Palästinensertücher tragen. Aber anscheinend nicht nur das. Bei den Rechten hat sich noch mehr getan. Und was, das hört ihr gleich.“

[...]

M1: „Die Rechte Szene ändert sich und zwar nicht nur in Sachen Klamotten und Äußerem, er tut sich nämlich noch mehr. Bei uns im Studio ist immer noch unser Fritzreporter Jörg Poppendick. „Neonazis mit Che Guevara T-Shirt und Pali, also Palästinensertüchern ist das Eine, was tut sich sonst noch?“

Jörg Poppendick: „Naja, neben den Klamotten sind auch bei den Inhalten Änderungen ziemlich deutlich sichtbar. Man muss da nur mal auf eine Demo von denen gehen und sich anschauen was da auf den Transparenten und Plakaten steht und gefordert wird, da werden dann plötzlich so Themen aufgegriffen wie Sozialabbau, Globalisierung, der Nah – Ost – Konflikt und der Irakkrieg. Gegen all das sind plötzlich Rechte, was sie auf Demo's in Sprechchören deutlich machen. Mittlerweile trifft man ja sogar Neonazis auf Friedensdemo's.“

M1: „Da muss ich jetzt die gleiche Frage stellen wie gerade beim Klamottenwandel. Warum das Ganze?“

Jörg Poppendick: „Na das Motiv was dahinter steckt ist eigentlich ganz einfach. Die Rechten wollen raus aus der thematischen Isolation. Deshalb greifen sie jetzt Themen auf, die uns alle interessieren und die einfach ein bißchen Massentauglicher sind. Das heißt, die thematische Abgrenzung, wie es sie früher einmal gab, soll aufgehoben werden.“

Ein schönes Beispiel ist die Parole: „USA – Internationale Völkermordzentrale“. Eigentlich ein Spruch, der ursprünglich ja von den Linken kommt, mittlerweile verwenden ihn allerdings die Rechten und meinen damit etwas ganz anderes. **Noch mal Timm Köhler von der Mobilen Beratung gegen Rechtsextremismus.**“

**Timm Köhler: „Völkermord hat für sie eine ganz spezielle Bedeutung. Das ist zum Beispiel: „MTV ist Mord an dem deutschen Volkskörper“ in ihrer Hinsicht. Und zum Zweiten: internationale Zentrale, dass ist eine klare Referenz an die jüdische Weltverschwörung.“**

*M2: „Die Rechten kleiden sich anders, und auch inhaltlich haben sie neue Forderungen. Was sagt die Polizei zu diesem Wandel?“*

Jörg Poppendick: „Na was die Inhalte angeht, so ist man zumindest bei der Polizei der Meinung, da hat sich großartig nichts getan. Zumindest haben sie nichts festgestellt. Der Klammottenwandel ist ihnen allerdings auch aufgefallen, aber die Polizei gibt sich da relativ gelassen. Klaus Gäht, Dezernatsleiter beim Staatsschutz in Berlin.“

Klaus Gäht: „Es hat im Grunde genommen keine Veränderung gegeben, weil wir schon wissen, welches Klientel uns gegenüber steht. Wenn man sich verkleidet, kann man innerlich sich nicht wandeln. Die Rechten möchten und erreichen ausschließlich Öffentlichkeitswirksamkeit. Mehr ist nicht beabsichtigt.“

*M1: „Vielen Dank, das war Fritzreporter Jörg Poppendick über die Veränderung in der rechtsextremen Szene in Berlin.“*

Weekendavisen, 23. Maj 2004

## Lokale angstzoner

**Tyskland.** Nynazister marcherer med Che Guevara T-shirt, palæstinensertørklæde og røde faner. Nye strategier på den yderste tyske højrefløj.

### Af SIGNE SCHLICHTKRULL

BERLIN - Det er blevet sværere at genkende en nynazist i Tyskland. De klassiske optog af kronragede sort- og hvidklædte unge mænd i militærstøvler findes stadig. Men for omkring to år siden begyndte tyske nynazister at bruge venstrefløjens symboler. Først dukkede palæstinensertørklæder op ved marcher, så Che Guevara T-shirts og sorte hættebluser. Sidste år svingede de røde faner ved en nazidemonstration i Berlin. Råbene lød »Mere international solidaritet!« og »Knus kapitalismen - organiser autonom modstand.«

Tysklands yderste højrefløj ændrer sig. Medlemmerne flygter ud af de etablerede partier og organiserer sig i stedet i mindre, uformelle grupper, kaldet kammeratskaber. Medlemmerne bliver yngre, helt ned til 13-14 årsalderen. Endelig forsøger man sig med nye budskaber. Der demonstreres mod globalisering, mod Irak-krig og mod de sociale reformer, der præger det tyske samfund i disse år.



Nazister i demonstration. Her Berlin, december 2001. (Foto: Jens Kalaene)

»Miljøet er meget dynamisk. Spektret er blevet bredere,« siger sociologen Helmut Willems fra Trier Universitet.

**»Vi finder udviklingen alarmerende,« siger Bianca Klose fra Den Mobile Rådgivning mod Højreekstremisme. »Det bliver sværere at afgrænse sig fra nazisterne, når de vælger temaer der har rødder midt i samfundsbatten.«**

I internetbutikken Hatestore, der sælger tøj og musik til den yderste højrefløj, har de nye strømninger ført til designet af en ny T-shirt. På ryggen står der: »Snart er der hverken ' højre' eller ' venstre' ! Så er der kun systemet og dets fjender!«

Professor i politik Wolfgang Gessenharter fra Helmut Schmidt Universitetet i Hamburg ser to grunde til udviklingen: »Det er på den ene side taktik. De har indset, at venstrefløjens trænger

bedre igennem i offentligheden. De gamle, støvede nazi-demonstrationer marginaliserer dem. Befolkningen vender sig imod dem,« siger han.

Men der er også forandringer på den indholdsmæssige side: »På det intellektuelle, ideologiske område ser man i stigende grad bestræbelser på en kritik af kapitalismen og fremmedgørelsen. Det er oprindeligt venstreorienterede tematikker. Det hænger sammen, fordi den føles fjende er amerikanismen og dermed også ideerne fra 1789 om frihed, lighed og broderskab.«

Sociologen Helmut Willems gør opmærksom på, at højrefløjen har lært meget af venstrefløjen. »De beundrer den beslutsomhed og vilje til vold, der tidligere herskede på den yderste venstrefløj,« siger han. »En stor del af miljøet ser sig selv som et undertrykt folk i eget land. De identificerer sig med palæstinsere. De føler sig som frihedskæmpere mod en jødisk verdenssammensværgelse som de også mener er aktiv i Tyskland.«

Han understreger, at nye alliancer over landegrænserne ikke betyder, at fremmedhadet er blevet mindre: »Fremmedfjendtligheden er der stadig, selv om den er gledet lidt i baggrunden. Det er ikke det store politiske tema i Tyskland for tiden, men det kan bryde ud til enhver tid.«

### Flere unge

Det højreekstremistiske miljø i Tyskland udgøres af omkring 45.000 personer med racistiske og nationalistiske anskuelser. Samlet set falder tilslutningen, men ungdomsmiljøet er vokset kontinuerligt siden 90'erne.

Unge vælger de nynazistiske kammeratskaber eller det mere subkulturelle skinheads-miljø, hvor nøgleordene er spontan vold, aggressiv musik og alkohol. Miljøerne smelter i stigende grad sammen og blander sig med ungdomskulturer som hiphop-kulturen. De seneste år har nynazister forsøgt sig med opsøgende ungdomsarbejde.

»Vi ved, man har forsøgt at hverve 12 - 13-årige,« siger Helmut Willems. »Mobiliseringen sætter ikke den politiske ideologi i forgrunden, men det, der er vigtigt for de unge. Det er en strategi, der vinder frem i det tidligere Østtyskland. Det rapporteres, at det ofte har stor succes.«

Gruppen af voldelige eller potentielt voldelige højreekstremister er også vokset uafbrudt siden 1995. I dag er der omkring 11.000. Højreorienteret vold har krævet over 100 døds ofre siden den tyske genforening. Halvdelen var udlændinge. Resten var hjemløse, so-

cialhjælpsmodtagere, punkere, venstreorienterede og homoseksuelle.

Den typiske voldsmand er ung, har ingen eller kort uddannelse. Hver anden kommer fra det tidligere Østtyskland. Hver femte er arbejdsløs.

### Johannisthal

De røde faner svingede sidste år i bydelen Johannisthal i det tidligere Østberlin. Johannisthal har 17.000 indbyggere, et par skoler, et gymnasium, en masse tomme butiksvinduer og et stort, øde industriområde. Demonstrationstoget bevægede sig ned langs den brede tosporede vej, der løber gennem bydelen. **»Det kom forbi alle angstzonerne,« siger Bianca Klose, der rådgiver lokale myndigheder i spørgsmål om højreekstremisme.** Angstzonerne er for eksempel pladsen foran de to supermarkeder, den grønne plæne foran det gamle rådhus og S-togsstationen Schöne-weide. Der holder de højreekstremistiske unge til. **»Det er dér de fleste overgreb finder sted,« siger hun.**

Demonstrationen var anmeldt under parolen »Skaf fristeder - kæmp for ungdomsklubber for tyskere«. På den yderste højrefløj er fristeder betegnelsen for områder, hvor nationalister har magten. Ideen afspejler sig for eksempel i det højreekstremistiske parti NPDs strategiske koncept som definerer tre kampzoner: gaden, hovederne og parlamenterne.

Kravet ved demonstrationen var ungdomscentre for tyskere. Det har en ironisk klang i Johannisthal, hvor der stort set ingen udlændinge bor. **»Derfor søger de andre, der ikke passer ind i deres verdensbillede,« siger Bianca Klose.**

I Johannisthal er ofrene anderledes udseende unge. En af dem, en 18-årig gymnasiepige med håret halvt barberet af, fortæller: »Du får nogle tæv. De vil ikke have os her. Vi er bange for at gå alene på gaden, går ikke længere i parken.«

Overfaldene på de unge punkere førte til, at Johannisthal i 2003 røg ind på politiets liste over højreekstremistiske brændpunkter i Berlin.

### Ud af klubben

Er Johannisthal fattig på udlændinge, så har den til gengæld en ungdomsklub. Den ligger for enden af en sporvognsline i en stor hjørnebygning. Klublederen Bodo Schlicht viser stolt rundt i internet-café og bar. »Det er kvarterets in-sted. Der er ikke så meget andet for unge her.«

Heller ikke for unge nynazister. De dukkede først op i klubben sidst i 90'erne. Dengang for

søgte klubbens ledelse at modarbejde det med diskussioner, men det virkede ikke. Til diskussionsrunderne troppede den hårde førerkerne af nynazister også op.

»De unge, vi arbejdede med, var endnu ikke ideologisk befæstede. Vi ville ikke overlade dem til nazisterne, så vi forsøgte at se, om vi kunne redde nogle af dem. Men så måtte vi give op. De blev for mange,« siger Bodo Schlicht. Dengang fik de unge adgangsforbud. Antisemitisk, menneskeforagtede opførsel er ikke tilladt i klubben.

»Johannisthal har egentlig altid haft et problem med højreekstremister,« siger han. »Her er familier, hvor det går i arv.«

»Problemerne tog til, da en gruppe nazister dannede et kammeratskab, kaldet Berliner Alternative Syd-Øst,« fortæller borgmester Klaus Ulbricht. Ifølge Berlins efterretningstjeneste er drivkraften bag kammeratskabet det tidligere NPD-medlem René Bethage.

»Han tog sig meget intensivt af unge mennesker og skoleelever og forsøgte at tilbyde - lad mig sige det sådan - alternativer,« siger borgmesteren. »Det kører efter det velkendte mønster: Der er ikke noget galt med jer. I har grund til at være selvbevidste. I er jo tyskere.«  
»Vi støtter hovedsagelig unge med deres private problemer,« siger René Bethage, 38 år, skattesagkyndig og nazist. »Vi tager også på cykeltur og telttur for at komme lidt ud af byen.«

»Jeg har indtryk af, at de forsøger at trænge det voldelige i baggrunden og fremstå mere socialarbejderagtige,« mener borgmesteren. René Bethage siger, de er imod vold. »Vi vil gerne tages alvorligt som politisk kraft, men det er naturligvis et problem, når man beskæftiger sig med unge, der indimellem er under indflydelse af alkohol. Vi forsøger at påvirke dem, men det lykkes ikke altid.«

### Gør-det-selv-nazi

I 2003 blev to unge igen smidt ud af ungdomsklubben. De havde delt antisemitisk, højreekstremistisk propagandamateriale ud og surfet på nazistiske sider på internettet. Hen på sommeren kom Bodo Schlicht hjem fra klubbens årlige kanotur i Sverige og fandt murene overmalet med hagekors. »Vi får dig, Bodo! Dit jødesvin! Heil Hitler! Vi hænger dig,« stod der på væggene.

Så lavede de højreekstremistiske unge deres egen klub, bare ti minutters gang fra klubben. Her ligger et stort, braklagt industriområde. Fabrikshallerne står tomme, ruderne er slået ud, murene er oversået med graffiti. Nede i en kæder fandt politiet en gruppe 15 - 16-årige. De havde indrettet deres egen lille førerbunker

med bar og sofahjørne. Væggene var dekoreret med hagekors og SS-tegn. Det er forbudt i Tyskland. Politiet svejsede kæderen til. »Det var en dumhed. Det kan vi ikke acceptere. De ødelægger det, vi prøver at bygge op,« siger nynazisten René Bethage. »Men jeg forstår, at de fandt sig et rum. Det var ikke sket, hvis socialarbejderne havde taget sig af dem. De er blevet udstødt. Det var et nødråb.«

René Bethage organiserede nødråbet og anmeldte demonstrationen. Da den kom på gaden i december sidste år, lod nazisterne 90er-rekvisitterne blive i skabet og fremstod reinkarnerede som autonome venstrefløjsaktivister. »Vi forsøger at opløse fjendebillederne. Vi laver politik for det tyske folk, og venstrefløjen hører med til det tyske folk, men udlændingene hører ikke med,« siger René Bethage. Alligevel kan han identificere sig med nogle grupper af udlændinge. »Der er udlændinge, der har en positiv indstilling til hjemlandet, for eksempel palæstinsere og irakere. Det er folk under besættelse.«

### Fremmer opfindsomheden

Ifølge sociologen Helmut Willems reagerer det højreekstremistiske miljø dynamisk på samfundsmæssigt pres. Politiet forbyder i stigende grad nazister at demonstrere i bestemt tøj, for eksempel visse militærstøvler. De må heller ikke gå i taktfast, marchagtig gang, bære nationalistiske flag eller sige paroler fra Hitler-tiden som for eksempel 'Sieg Heil'.

»Det blev nødvendigt at tænke alternativt over symboler. Venstrefløjen har ikke patent på Che Guevara. Jeg kunne også forestille mig en Fidel Castro-T-shirt, fordi han har holdt ud mod USA så længe,« siger René Bethage. Omkring 200 nazister marcherede gennem Johannisthal. Omkring 800 mennesker mødte op for at demonstrere imod dem, blandt andet ved at feje efter dem og overdøve dem med trillefløjter. Omkring 1.000 politibetjente holdt demonstranterne fra hinanden.

Borgmesteren var glad for, at så mange mødte op for at demonstrere mod nazisterne. Nu vil byrådet indrette et Centrum for Demokrati. Men man må også se på, om man gør nok for de unge. »Vi må se på, om tilbuddene rækker, eller vi skal gøre mere,« siger han. Ugen før påske fandt en af de unge, der var blevet smidt ud af ungdomsklubben, en udlænding at slå ned i et nærliggende kvarter. Den unge angreb en 40-årig vietnamesisk bistroindehaver med en træplade og sendte manden på hospitalet. **Bianca Klose ser med bekymring på højrefløjens strategi med at tage modstanderens symboler. »Tøjet er nyt, men ideerne er gamle. Pludselig går du ved siden af dem til en fredsdemonstration.«**



Juni 2004

## Die schwerste Arbeit steht noch bevor

### Mobile Beratung gegen Rechtsextremismus setzt Erkenntnisse aus Berliner Bezirks-Studien um

Die Berliner Bezirke Marzahn-Hellersdorf, Mitte und Treptow-Köpenick wissen nach einer Kommunalanalyse, was ihre lokale Demokratie gefährdet. Den Akteuren in Marzahn-Hellersdorf und Treptow-Köpenick hilft nun die Mobile Beratung gegen Rechtsextremismus in Berlin bei der Umsetzung.

Am 14. Juni wurden drei Kommunalanalysen des Zentrums Demokratische Kultur (ZDK) über die Bezirke Marzahn-Hellersdorf, Mitte und Treptow-Köpenick der Berliner Öffentlichkeit vorgestellt. Zentrales Ergebnis: Rechtsextremismus, Diskriminierung von Minderheiten und Demokratieskepsis nehmen in Berlin zu. Besonders Alltagsrassismus ist auf dem Vormarsch.

#### Es gibt viel zu tun...

Die Ergebnisse der Studien sollen nun auch in der Praxis Konsequenzen haben. Einig sind sich die Bezirksbürgermeister darin: Das schwerste Stück Arbeit stehe noch bevor. Gebraucht würden nun konkrete Aktionspläne, abgestimmt zwischen allen Handelnden in Politik, Verwaltung, Wirtschaft und im Bildungsbereich.

Schon bei der ersten ZDK-Kommunalanalyse 1999 in Berlin-Hohenschönhausen hatte sich gezeigt: Das Interesse an der konkreten Auseinandersetzung mit Rechtsextremismus, Rassismus und Antisemitismus erlahmt, wenn eine solche nicht nachhaltig begleitet und mit „Leben gefüllt“ wird.

#### ...packen wir es an!

Deshalb hat die Mobile Beratung gegen Rechtsextremismus in Berlin (MBR) mit Förderung durch den Berliner Senat die Aufgabe übernommen, in den Bezirken Marzahn-Hellersdorf und Treptow-Köpenick Handelnde zu beraten und sich gemeinsam Lösungen für konkrete Probleme im Bezirk zu überlegen. Die „Begleitung und Sicherung bezirksbezogener Maßnahmen“ heißt das offiziell. Mit der inhaltlichen und fachlichen Unterstützung der lokalen Akteure durch die MBR soll gewährleistet werden, dass Aktionspläne und Kommunalanalysen in Berlin auch in der Praxis etwas bewirken und helfen, ein demokratischeres Zusammenleben zu verwirklichen. In Mitte wird diese Sicherung das Zentrum Demokratische Kultur übernehmen.

#### Die MBR hat Erfahrung in Berlin

Im Moment begleitet die Mobile Beratung gegen Rechtsextremismus in Berlin bereits die Umsetzung der Lokalen Aktionspläne in Lichtenberg-Hohenschönhausen und Pankow. Sie wird nun im Auftrag des Integrations- und Migrationsbeauftragten Günter Piening auch die Umsetzung der Kommunalanalysen in Marzahn-Hellersdorf und Treptow-Köpenick koordinieren, fachlich begleiten und sichern.

Auf der Grundlage der Ergebnisse der Studien wird die MBR gemeinsam mit den Menschen vor Ort die empfohlenen Handlungsansätze gegen Rechtsextremismus, Rassismus und Antisemitismus konkretisieren und in Handlungen umsetzen. Dabei kann sie auf ihre bereits erworbenen bezirksübergreifende Erfahrungen zurückgreifen.

#### Beispiel: Lichtenberg

Der Lokale Aktionsplan Lichtenberg stellte beispielsweise fest, dass das Zusammenleben von Menschen verschiedener Herkunft im unmittelbaren Wohnumfeld verbessert und die Beteiligung von Migrantinnen und Migranten gestärkt werden müsse.

Am Beispiel eines Wohnblocks in Hohenschönhausen-Süd wurde eine solche praktische Umsetzung versucht: Die Lebensbedingungen der Mieter aus 18 Ländern sollten verbessert werden. Durch eine Koalition von freien Trägern, der Ausländerbeauftragten, dem Stadtteilmanagement und anderen wurden die Hausbewohner in der Wahrnehmung ihrer Mieterinteressen unterstützt. Mittlerweile haben die Hauseigentümer die Verbesserung der bisherigen Missstände angegangen. Beabsichtigter Nebeneffekt: Die Hausgemeinschaft kennt sich nun besser, auch Nicht-deutsche wissen nun ihre Rechte besser zu vertreten. Für die Zukunft möchten die Hausbewohner und Unterstützer auch kulturell enger zusammenarbeiten.

Eine andere Baustelle des Lokalen Aktionsplans Lichtenberg befindet sich im öffentlichen Raum: An einem zentralen Platz Hohenschönhausens werden seit längerem Nicht-Deutsche und subkulturelle Jugendliche durch Rechtsextrem-Orientierte verdrängt. Dazu siedeln sich immer mehr Läden und Kneipen an, die auch für ein rechtsextremes Publikum interessant sind. Ein Bündnis von Bürgerinitiativen, Management des örtlichen Einkaufszentrums, Stadtteilmanagement, Jugendliche und die MBR will diese Entwicklung umkehren und arbeitet an einer Belebung des öffentlichen Raums. Durch Kino, Kultur, Veranstaltungen, Platzumbauten, Anwohnerinformationen und Debatten sollen mehr Hohenschönhausener auf den Platz gebracht werden und ihn als „ihren Ort“ begreifen, an dem Platz für alle ist – ein Prozess der Jahre dauern wird.

### **Die Politiker scheinen guten Willens**

Die Voraussetzungen, dass der Analyse nun Taten folgen, scheinen günstig zu sein: Der Bezirksbürgermeister von Marzahn-Hellersdorf, Uwe Klett (PDS), nannte die Ergebnisse der Studie über seinen Bezirk ein „Warnsignal“. Trotz knapper Kassen müsse geprüft werden, welche Angebote für Jugendliche zu halten und zu stärken sind. Klaus Ulbricht (SPD), Bezirksbürgermeister von Treptow-Köpenick, betonte, wie notwendig es sei, die Agierenden fachlich zu unterstützen und verwies auf „gute Erfahrungen“ beim Runden Tisch gegen Rechtsextremismus für Johannisthal, den die MBR bereits begleitet.

### **Mehr auf mut-gegen-rechte-gewalt.de:**

Demokratie - im Berliner Alltag ein Auslaufmodell? Kommunalanalysen für Berlin Mitte, Treptow-Köpenick und Marzahn-Hellersdorf

Rat vor Ort - Mobile Beratung gegen Rechtsextremismus Angstzonen in Berlin-Pankow - Diskussion über den ' Lokalen Aktionsplan'

Mehr im Internet:  
[www.mbr-berlin.de](http://www.mbr-berlin.de)

## Warum Neonazis ungern telefonieren

### Die neuen Hochburgen der Rechtsextremisten sind laut Polizei in Treptow und Köpenick VON ANDREAS KOPIETZ

Die Botschaft ist eindeutig: "Wir wissen, wo du wohnst!" In den vergangenen Wochen hefteten Unbekannte hunderte Aufkleber an Reinickendorfer Lampenmasten und Briefkästen. Darauf steht: "Jäger kommen und gehen ." Die Aufkleber zeigen ein Bild des Polizisten Michael Knappe, der in Reinickendorf wohnt. Der Polizeidirektor ist Leiter der für den Osten Berlins zuständigen Direktion 6. Die Verfolgung neonazistischer Umtriebe begreift der 52-jährige Knappe nicht nur als Job, sondern als Berufung. Innerhalb von drei Jahren ist er damit bei den Rechtsextremisten zum Lieblingsfeind avanciert.

#### Besuch beim Bürgermeister

Allerdings zeigt die Aufkleberaktion nicht nur, dass die Naziszene etwas gegen Michael Knappe hat. Sie steht dafür, dass sich die rechtsextremistische Szene in Berlin in einem Wandel befindet und ihre Aktionsformen geändert hat.

Vorbei die Zeit, in der Neonazis nur durch Demonstrationen und Angriffe auf Ausländer auf sich aufmerksam machten. Knappe zufolge ist Bewegung in die rechte Szene geraten. "Sie ist aktiver geworden und sucht Kontakt zur Gesellschaft. Sie will die Jugend erreichen und auf kommunaler Ebene politische Ziele durchsetzen - etwa die Einrichtung so genannter nationaler Jugendzentren", sagt er. So suchten Rechtsextremisten mit ihrer Forderung nach einem "nationalen Jugendzentrum" zum Beispiel den Bezirksbürgermeister von Treptow-Köpenick in dessen Bürgersprechstunde auf.

Während Parteien wie die NPD auch in Berlin noch von einem Einzug in die Parlamente träumen, sind die Neonazis außerhalb der Partei derweil aktionsorientierter geworden, wie der Berliner Verfassungsschutz feststellt. "Ihnen geht es darum, möglichst viel Präsenz auf der Straße zu zeigen, um die Öffentlichkeit zu beeindrucken", sagt Behördensprecher Claus Guggenberger. So schleusten sich Neo-

nazis am 8. Mai am Treptower Ehrenmal in eine Veranstaltung zum Tag der Befreiung vom Hitlerfaschismus ein, um zu stören. Einige Tage später hielten sie eine Kundgebung beim Tag der offenen Tür der Polizei in Ruhleben ab. Neuerdings vertreiben Rechtsextremisten eine Gratis-Postille mit dem Titel "Berliner Bote". Startauflage 5 000. Darin hetzen sie gegen die "Multi-Kulti-Hochburg Neukölln" und gegen Polizeiführer Knappe, dessen Konterfei sie ebenfalls wieder abbilden.

Eine neue rechtsextreme Kampagne läuft seit kurzem in Pankow. Dort werden massenhaft Aufkleber verteilt - mit Parolen wie "Pankow bleibt deutsch" oder "Deutsche kauft bei Deutschen!" Verteilt werden die Aufkleber durch eine Gruppierung mit dem Namen "Vereinte Nationalisten Nordost (VNN)", die seit Mai in der Öffentlichkeit auftritt. **"Diese Aufkleber senden eine deutliche Botschaft an alle, die nicht ins rechtsextreme Weltbild passen und schaffen ein Bedrohungsszenario", sagt Timm Köhler von der "Mobilen Beratung gegen Rechtsextremismus".** Nach seinen Erkenntnissen sammeln sich in der VNN Leute aus dem Spektrum Freier Kameradschaften und der NPD.

Obwohl Berlins Neonazis versuchen, sich offensiv in die Kommunalpolitik einzumischen und dabei öffentlich auftreten, planen sie andere Aktionen zunehmend konspirativ: Im Februar gelang es ihnen, in Friedrichshain zahlreiche Plakate anlässlich des 74. Todestages des SA-Führers Horst Wessel zu kleben. Am Krankenhaus Friedrichshain installierten sie heimlich eine "Horst-Wessel-Gedenktafel". Als die Polizei kam, waren die Täter längst weg. Dass die Polizei mitunter überrascht wird, mag daran liegen, dass sich die rechten Akteure - ein Kern von 30 bis 50 Leuten - immer öfter persönlich absprechen. Telefone, die abgehört werden könnten, sind verpönt. Rechte

Aktivitäten haben Knappe zufolge vor allem in Treptow-Köpenick zugenommen. Deshalb entsprechen zumindest nach seiner Einschätzung Marzahn, Hellersdorf und Hohenschönhausen nicht mehr dem Bild der traditionellen Neonazi-Hochburgen. "Lichtenberg und Treptow-Köpenick machen uns viel größere Sorgen, sagt Knappe. In Lichtenberg hätten die Rechten ihre Lokale und Treffs. In Treptow-Köpenick hat der Polizist besonders im Ortsteil Johannisthal rechte Jugendliche ausgemacht. Problematisch ist für Knappe auch, dass in Köpenick die Parteizentrale der NPD ist, wo ein bundesweites Schulungszentrum eröffnen soll.

Allerdings spielt die NPD eine immer geringere Rolle in der Szene. Viele Mitglieder sind ausgetreten und machen "frei" weiter. Etwa der ehemalige NPD-Kreisvorsitzende René Bethage, der zu den maßgeblichen Organisatoren von Propaganda-Aktionen in Treptow-Köpenick und berlinweit aufgestiegen ist. Der Riss zwischen der NPD und den so genannten "Freien Kräften" ist tief. Das hat nicht zuletzt die Demonstration von Rechtsextremisten am 1. Mai in Lichtenberg gezeigt. Dort gab es Streitereien und Handgreiflichkeiten zwischen Teilnehmern, die sich nicht an polizeiliche Auflagen wie das Vermummungsverbot halten wollten, und NPD-Ordernern. Um zu zeigen,

dass sie nicht dazugehören, ließen die "Freien Kräfte" einen Abstand zum NPD-Block und riefen Parolen wie "Erster Mai ohne Partei!"

### **Bomberjacke ade**

Glatze und Bomberjacke sind in Berlin Klischees von gestern. Dank eines alternativ wirkenden Outfits können sich Neonazis inzwischen von Linken fast unbehelligt in der Innenstadt bewegen. Am Montag hätten es 25 von ihnen fast bis zum Richtfest am Holocaust-Mahnmal geschafft. Zivilpolizisten mit gutem Personengedächtnis verhinderten jedoch, dass Neonazis die Feier stören konnten. Denen blieb im Anschluss nur eine Kundgebung auf dem Alexanderplatz.

Aktivitäten haben Knappe zufolge vor allem in Treptow-Köpenick zugenommen. Deshalb dank alternativen Outfits hatten es rund 30 Neonazis am 1. Juli auch bis zum Bundespresseamt am Reichstagufer geschafft. Dort zeigte das Bundesamt für Verfassungsschutz eine Ausstellung über Neonazis. Die mitunter ziemlich unrasierten rechten Besucher sahen sich dort auch eine Schaufensterpuppe an. Das Exponat hatte einen kahlen Schädel, eine Bomberjacke und hielt einen Baseballschläger. So stellt sich das Bundesamt den typischen Neonazi vor.

## Radio MultiKult 96,3 Pankow VVN

Interviewtranskription vom 20. Juli 2004

[...]

M1: „An Hakenkreuze und Nazischmierereien in Lichtenberg und Marzahn haben wir uns ja fast schon gewöhnt. Aber auf Prenzl'berger Häuserwänden zu lesen. „National Befreite Szene“, „Pankow bleibt deutsch“, Das ist doch ganz schön befremdlich. Aufkleber mit solchen und ähnlichen Inhalten schmücken seit einigen Wochen den Bezirk. Bündnis 90 - Die Grünen haben zusammen mit verschiedenen anderen Organisationen und Netzwerken heute Nachmittag zu einer Putzaktion aufgerufen, um Pankow von diesem rechten Schmutz sauber zu machen. Der Radio MultiKulti Ü-Wagen, der ist jetzt schon vor Ort, mit meinem Kollegen Cemal H. Wie siehst denn aus in Pankow Heinersdorf, wo du jetzt gerade bist. Das soll ja besonders mit Naziparolen zugekleistert sein.

Cemal H.: Ja das kann man wohl sagen. Ich bin jetzt an der Haltestelle der Tramlinie 50 und zwar am S-Bahnhof Pankow – Heinersdorf. Hier gibt es eine Wartehalle der BVG und da zähle ich jetzt 1, 2, 3, 4, 5, 6 Aufkleber. Auf 4 Aufklebern steht: „Pankow bleibt deutsch – Heimat ist mehr als nur Wohnort“ und auf dem anderen Plakat, das ist wirklich ein Phänomen, Plakat sag ich schon, Aufkleber so groß wie eine Postkarte, wen man diesen Aufkleber aus der Ferne sieht, dann denkt man es ist ein Aufkleber der Antifaschistischen Aktion. Und unten, in der rechten Ecke ist auch dieses Symbol zu erkennen der Antifa, aber wenn man näher ran geht, dann sieht man eben, dass es keine rote Fahne der Antifa sondern, dass es eine schwarze Fahne ist. Und das sind Neonazis, die diesen Aufkleber angebracht haben. Da steht drauf: „Stoppt die Repression gegen den nationalen Widerstand“. Also die gibt es hier im S-Bahnhof, da hab ich nach diesen Aufklebern gesucht. Es sind dort viele Aufkleber, aber die weggemacht wurden. Da ist auch erstaunlich. Sehr viele Aufkleber der Antifa sind da zu sehen und

andere von der NPD und von anderen Neonazis. Die aber meistens weggemacht wurden. Wir haben vorhin Leute hier, die auf die Tram gewartet haben gefragt, was sie denn dazu sagen. Ob sie diese Aufkleber eventuell wegmachen würden.

P1: Richtig, in Ordnung. Würde ich lassen.

P2: Weil wir hier in Deutschland leben und das ist rechtens so. Durch und durch Deutsche.

P3: Das find ich schon ganz schön krass. Also ich würde sie abmachen, auf jeden Fall. Ich weiß jetzt nicht, ob die Nazis hier irgendwo stehen oder auf Wache, aber ich hab schon mal gehört, das ein Punk das versucht hat und dann sind die Nazis auf ihn gesprungen und haben den verprügelt. Ist schon richtig krass, was die hier machen.

P4: Ich staune, dass das überhaupt so überhand genommen hat hier jetzt. Es war immer sonst sehr ruhig hier.

P5: Das ist mir egal. Wir leben hier zwar in Deutschland, aber die Ausländer, die verkaufen da und da, ist mir egal. Das ist okay. Ich kann da nichts ändern, ob die die hier die Aufkleber ran machen oder die Plakate. Das ist mir scheiß egal. Ich muss sie nicht abmachen: Warum?

Cemal H.: „Ja, also ich selbst habe noch niemanden dabei beobachtet, der diese Aufkleber weggemacht hat, entfernt hat. Es kann sein, dass die Menschen Angst haben. Einige haben gesagt, dass sie Angst hätten. Zwei Männer, die sich das getraut haben, wurden vor drei Wochen überfallen und verletzt. Und eines dieser Opfer, dieser couragierten Männer, ist hier. Mit ihm werde ich gleich sprechen. Und er wird uns Näheres dazu erzählen.“

M1: *Danke dir erstmal Cemal. Also zwischen ideal und krass finden die Pankower dass, was in ihrem Bezirk passiert. Bleiben sie dran nach den Radio MultiKulti Nachrichten werden wir noch mal zum Radio MultiKulti Ü-Wagen schalten und mit den Organisatoren der heute nachmittägigen Putzaktion sprechen. [...]*

M1: *Die rechtsextreme Szene Berlins befindet sich in einem Wandel. Darüber sind sich Polizei und Kenner der Szene einig. Während NPD und DVU den Sprung in die Parlamente nicht schaffen, erobern sich die Rechtsextreme außerhalb ihrer Parteien immer mehr Raum in der Öffentlichkeit. Sie tragen keine Glatzen und Bomberjacken mehr um sich auf antifaschistische Veranstaltungen einzuschleusen. Hätten nicht einige Zivilverhandler ein gutes Personen Gedächtnis, dann wäre es ihnen sogar gelungen das Richtfest des Holocaust Mahnmals zu stören. Und so, als Wolf im Schafspelz, trauen sie sich in traditionell linke Bezirke wie zum Beispiel den Prenzlauerberg und kleben massiv Zettel mit Aufforderungen drauf wie: „Deutsche kauft bei Deutschen“ und so weiter. Wie sie vielleicht vorhin mitbekommen haben, steht der Radio MultiKulti Ü-Wagen gerade am S-Bahnhof Pankow – Heinersdorf, wo heute Nachmittag eine einmalige Putzaktion stattfinden soll. Und bei meinem Kollegen Cemal H. hat sich mittlerweile auch ein Opfer jüngster rechter Gewalt eingefunden.*

Cemal H.: Ja richtig, Brigitta. Das ist Peter, der ist 26 Jahre alt. Wir standen vorhin ja an einer Haltestelle der Tramlinie 50 und dort sind diese Aufkleber zu sehen, das hat ich ja vorhin geschildert. Und wir standen dort mit Peter. Aber Peter war es unangenehm dort zu stehen, weil er Angst hatte, erkannt zu werden. Peter ist nämlich vor drei Wochen, vor knapp drei Wochen, überfallen worden, als er diese Aufkleber, diese rechtsextremistischen Aufkleber entfernt hat. Peter kannst du bitte schildern was genau passiert ist?

Peter: Na ich empöre mich eigentlich immer, wenn diese Nazi-propaganda im öffentlichen Raum auftaucht, und bin schon seit längerer Zeit bemüht die so schnell wie möglich zu entfernen. Und dann war ich halt in der Nacht auch mit einem Kumpel unterwegs in Niederhohenschönhausen und wir wurden völlig unerwartet aus einem Busch heraus angegriffen, von drei verummten Gestalten, die uns mit Steinen und Schlagstöcken attackiert haben. Und dran mit einem PKW geflohen sind. Und uns später noch mit diesem PKW verfolgt haben. Es ist ein enormer Schock gewesen. Also wir hatten natürlich auch körperliche Verletzungen, aber vor allem diese psychologische Geschichte mit der Angst, also dass man Nachts sich nicht mehr wohl fühlt, wenn man allein auf der Straße ist, ist schon enorm.

Cemal H.: konnte man diesen verummten drei Personen ansehen, dass sie aus der rechtsextremen Szene kommen?

Peter: Also ich persönlich bin, je länger ich darüber nachdachte, zu der Erkenntnis erlangt, dass es ein Hinterhalt war, den sie uns gelegt haben. Der Angriff erfolgte wortlos, aber es ist für mich hundertprozentig klar, dass das Nazis gewesen sind, die ihre Aufkleber sozusagen bewacht haben.

Cemal H.: Ich meinte jetzt, ob man äußerlich erkennen konnte, dass sie jetzt aus der rechtsextremistischen Szene kommen, weil die tragen ja nicht mehr diese Springstiefel und Bomberjacken und so weiter.

Peter: Ja, es ist ja schon ein besondere Qualität ihres Auftretens. Also sie sind halt militant, brutal auf uns zugegangen. Da hatten sie sich natürlich wie jeder andere Kleinkriminelle völlig unkenntlich gemacht, insofern kann man da von Äußerlichkeiten nicht auf irgend etwas schlußfolgern.

**Cemal H.: Das kann man nicht mit bloßen Augen, aber es gibt Experten die das können, zum Beispiel Catharina Schmalstieg von der Mobilen Beratung gegen Rechtsextremismus. Frau Schmalstieg, diese Neonazis tragen jetzt diese Bomberjacken nicht mehr, keine Springerstiefel, sind nicht immer kahl rasiert. Was steckt denn da hinter? Ist das jetzt eine neue Taktik?**

**Catharina Schmalstieg: Ja das kann man sagen. Wir von der Mobilen Beratung gegen Rechtsextremismus beobachten das schon seit mehreren Jahren, dass Rechtsextreme zunehmend weniger das Outfit des Skinheads tragen. Und gerade je organisierter sie sind, so normaler kleiden sie sich, bzw. dass teilweise rechtsextreme Kader die Strategie haben, sich so zu kleiden, wie man das aus den 80'er und 90'er Jahren von der autonomen Linken gewohnt ist, das heißt Palitücher, Armeejacken und normale Hosen dazu. Also eher noch ein Military-Outfit dazu.**

**Cemal H.: Timm Köhler, sie sind auch von der Mobilen Beratung gegen Rechtsextremismus, sie beobachten diese Neonazis Umtriebe und informieren auch die Öffentlichkeit darüber. Wer steckt denn jetzt eigentlich hinter dieser Aufkleber - Aktion?**

**Timm Köhler: Hinter dieser Aufkleber - Aktion in Pankow stecken die Vereinten Nationalisten Nordost, da ist auch auf den Aufklebern aufgedruckt. Das ist lediglich ein neues Label für einen Zusammenhang von Kadern, die aus dem NPD Umfeld kommen, als auch aus dem Umfeld der Freien Kameradschaften, die also schon seit längerem in Pankow aktiv sind, organisiert sind und die sich einfach unter einem neuen Label zusammengeschlossen haben.**

**Cemal H.: Was tun sie den sonst, außer diese Aufkleber anzubringen?**

**Timm Köhler: Diese Aufkleberwelle ist einzuschätzen als einen Teil des sogenannten Kampfes um die Straße, heißt das Konzept neben dem Kampf um die Parlamente und Köpfe. Es geht hier also nicht nur darum, die Propaganda und Rechtsextremismus in den öffentlichen Raum zu bringen, sondern das auch physisch durchzusetzen, gegen Andersdenkende vorzugehen und das haben wir ja an dem Beispiel von Peter gesehen.**

**Cemal H.: Also die gehen auch schon militant gegen Menschen wie Peter vor?**

**Timm Köhler: Ja das ist unbedingter Teil der Strategie.**

Cemal H.: Und diese Aufkleber, die hier immer noch zu sehen sind, die werden heute um 17 Uhr in einer großen Aktion weggemacht. Darüber sprechen wir gleich weiter. [..]

M1: Der Radio MultiKulti Ü-Wagen steht heute in Pankow. Dort findet am Nachmittag eine Putzaktion der ganz besonderen Art statt rund um den S-Bahnhof Pankow – Heinersdorf. Politiker und Antirasismus Aktivisten werden zusammen mit engagierten Bürgern und Bürgerinnen Wände, Straßenlaternen und andere Flächen von Aufklebern mit Rechtsextremen Parolen befreien. Organisiert hat diese Aktion die Mobile Beratung gegen Rechtsextremismus in Berlin. Ein Modellprojekt des Bundesprogrammes CIVITAS. Einige Mitarbeiter dieses Projektes haben sich schon seit einer halben Stunde beim Radio MultiKulti Ü-Wagen eingefunden bei meinem Kollegen Cemal H.. Und Cemal, diese Aktion wird auch von der BVG unterstützt?

Cemal H.: Ja die BVG hat erklärt, dass sie diese Aktion unterstützt Brigitta, aber es wird nur jemand von der BVG hier her geschickt, nachher um 17 Uhr, der dann beim Abkratzen der Aufkleber mithelfen wird. Also ein hoher Mensch von der BVG wird nicht dabei sein wurde mir gerade gesagt. Und noch eine kleine Korrektur, das sagten mir die Mitarbeiter der Mobilen Beratung gegen Rechtsextremismus, sie haben nicht zu dieser Aktion aufgerufen, sondern sie beraten die Organisatoren. Organisiert wurde diese Putzaktion gegen rechte Aufkleber nämlich vom Bündnis 90 / Die Grünen und vom Netzwerk gegen Rassismus, Antisemitismus und rechte Gewalt. Sprecher dieser Organisation ist Rudi Blom. Er

ist von den Grünen und sitzt für die Grünen in der BVV in Pankow, also Bezirksverordneten Versammlung Pankow. Junge Leute, das habe ich vorhin erfahren, haben Angst diese Aufkleber abzumachen, andere meinten sie würden sich diese Mühe nicht machen die Aufkleber wegzukratzen. Herr Rudi Blom, wie wollen sie den diese passiven Menschen mobilisieren?

Rudi Blom: Das Mobilisieren kann man eigentlich nur darüber, über öffentliche Aktionen, so wie wir es heute hier um 17 Uhr hier geplant haben und wie wir dazu aufgerufen haben. Ich denke da werden schon eine Menge Leute dazu stoßen und es sind dort auch Aktive vom Bürgerverein Französisch – Buchholz und von anderen Organisationen, noch dazu Jusos und andere die dazu kommen werden, so dass dann die Hemmschwelle an solche Aktionen teilzunehmen auch relativ gering sein wird.

Cemal H.: Die Rechtsradikalen kleben ja nicht nur diese Aufkleber wir haben das vorhin gehört. Sie treten auch militant auf. Wie geht denn die BVV mit diesem Problem um?

Rudi Blom: Wir haben in der BVV einen Aktionsplan gegen Rassismus beschlossen und der ist jetzt zur Zeit in der Umsetzung. Das wird aber nach meinem Dafürhalten nicht ausreichen. Sondern es muss jetzt vehement was dafür getan werden, dass die zivilgesellschaftlichen Kräfte mehr eingebunden werden. Das Bezirksamt muss sich mehr positionieren, stärker positionieren und einbringen, so dass so etwas wie beim Lade – Klub, was ja ein öffentlicher Klub ist, das der Bezirk dort eben auch eine Art Solidarität zeigt. Das er von mir aus jetzt auch mal eine Sitzung des Jugendausschusses dort abhält, als Beispiel.

Cemal H.: Und was war jetzt in der BVV geplant, weil sie meinten, das würde nicht ausreichen?

Rudi Blom: Die Umsetzung des lokalen Aktionsplanes ist natürlich ein Prozeß, der nicht von heute auf sofort gleich passiert. Sondern es zieht sich länger hin. Aber wichtig ist meines Erachtens in der Öffentlichkeit Druck zu machen und eben durch solche Aktionen mehr Leute einzubinden.

Cemal H.: Ja die Aktion findet um 17 Uhr statt. Jetzt sind hier gerade 1,2,3,4 6 Leute. Nachher werden's wahrscheinlich mehr sein. Aber wie genau wird denn die Aktion ablaufen, wie werden sie diese Aufkleber weg kratzen, wegmachen?

Rudi Blom: Ja wir haben entsprechendes Handwerkzeug dabei, um also dort beim Kratzen wirklich dabei sein zu können und ich hoffe dass der Fachmann der BVG da sicherlich noch mehr Hand anlegt, er hat Erfahrung in der Richtung. Aber es geht dann natürlich weiter mit einer kurzen Kundgebung, denk ich mal, um noch einmal auf die Situation in Pankow hinzuweisen, um noch mal für das Pankefest, was im September stattfindet zu mobilisieren und eben auch Menschen dazu gewinnen, das sie im Netzwerk aktiv werden.

Cemal H.: **Die Mobile Beratung gegen Rechtsextremismus steht dem Netzwerk beratend zur Seite. Timm Köhler, ich nehme an, das wird nicht die letzte Aktion sein, was ist denn weiterhin geplant gegen diese rechtsextremistischen Taten?**

**Timm Köhler: Also diese Aktion ist schon einmal ein Beispiel dafür, dass die Öffentlichkeit mehr informiert werden muss über die Umtriebe und damit auch zu einer Positionierung kommt. Sei es durch so eine Aktion, sei es im Alltag. Zum Zweiten ist es eher wichtig diejenigen zu unterstützen, die sich für eine demokratische Kultur hier einsetzen. Das ist der Ladeklub, das ist das Netzwerk, das sind aber auch noch viele andere Vereine und die müssen stärker anerkannt werden in der Öffentlichkeit und brauchen Mitarbeit. Zum dritten gibt es eben auch diesen rechtsextremen Slogan der auf den Aufklebern ist: „Deutsche kauft bei Deutschen“ und ich denke das ist ein Hinweis darauf, das gerade migrantische Gewerbetreibende, die es ja auch in Pankow zu hauf gibt, stärker Unterstützung brauchen, eingebunden werden müssen, ihre Situation auch wahrgenommen werden muss.**

Cemal H.: **Und wie wollen sie dass erreichen, wie wollen sie die einbinden?**

**Timm Köhler: Also das passiert immer über die lokalen Akteure, wie wir sie nennen, also die einzelnen Bürger, die finden, dass es so einfach nicht weitergehen kann. Die fragen, was sie machen wollen. Wir werden sie natürlich zum Beispiel mit dem Netzwerk in Verbindung setzen, wir versuchen aber auch einzelnen Aktionen in ihrem Rahmen zu ermöglichen.**

Cemal H.: Zuletzt möchte ich von Peter noch wissen, Peter, du wurdest überfallen, als du die Aufkleber weggemacht hast, wagst du dich noch mal einen Aufkleber wegzumachen?

Peter: Also ich hab auf jeden Fall da auch meine Schlußfolgerungen daraus gezogen. Ich werde aber weiter auf verschiedenen Ebenen mich gegen diesen Mist engagieren. Bloß eben wahrscheinlich ein bißchen vorsichtiger.

Cemal H.: Ja und dieser Mist, wie Peter das genannt hat, wird weniger werden heute ab 17 Uhr, heute hier in Pankow.

*M1: Danke dir Cemal H. Und das ist genau um 17 Uhr rund um die Haltestelle der 50'er Straßenbahn und dem S-Bahnhof Pankow – Heinersdorf unter dem Motto: „Zivilcourage gegen das Auftreten von Rechtsextremismus“ wird dort geputzt und gesäubert.*



taz, 09. August 2004

### Faschos nehmen Schulen ins Visier

**Behörden schlagen Alarm: Neonazis wollen kostenlos Propaganda-CDs verteilen. An immer jüngere SchülerInnen. Die Aktion offenbart nur einen Teil des rechten Vormarschs auf Berlins Schulen. PDS setzt dagegen auf CD für die LehrerInnen**

VON FELIX LEE

Das schafft nicht einmal Britney Spears. Da ist die CD noch gar nicht im Umlauf, und trotzdem sorgt sie für Furore. Die Urheber mussten nicht mal selbst die Werbetrommel rühren. Der Verfassungsschutz sorgte für die entsprechende Publicity.

Seit einigen Wochen schlagen die Behörden Alarm. Sie haben konkrete Hinweise, dass Neonazis pünktlich zum Schulbeginn braune Propaganda-CDs an die Schüler verteilen wollen. Von bundesweit 250.000 Stück ist die Rede. "Anpassung ist Feigheit - Lieder aus dem Untergrund" heißt die CD, auf der eine gereckte Faust abgebildet ist. Und der Inhalt dieser braunen Scheibe ist auch schon bekannt. Eingeleitet wird sie von einer Männerstimme, die im Stakkato-Deutsch die Schulen als "Sammelbecken für jugendliche Schwermörder" anprangert. Von "antideutscher Geschichtsschreibung" an Schulen spricht er, die "nur Deutsche als Täter sieht". Auch die übrigen 20 Lieder strotzen nur so von fremdenfeindlicher Agitation und nationalistischer Deutschtümelei.

In seltener Eintracht deckt das CD-Repertoire aus rechtem Rock und Heavy Metal ein breites Spektrum ab. Ein Indiz für den inzwischen sehr hohen Organisationsgrad der bisher eher zerstrittenen Szene. Von Bands wie "Noie Werte" und "Stahlgewitter" über "Spirit of 88" und "Frontalkraft" sind alle Musikrichtungen vertreten, die bei Neonazis angesagt sind. Daneben finden sich auf der CD Webadressen von

56 rechtsextremen Organisationen und regionalen Verbänden.

Verfassungsschützer sprechen von einer neuen Dimension der braunen Propaganda. So massiv hätten sich Neonazis noch nicht zusammengeschlossen, um gemeinsam an Schulen auf Nachwuchs-Jagd zu gehen. Sie befürchten, dass die Agitatoren durchaus Erfolg haben könnten. Gerade unter den 12- bis 15-Jährigen habe sich gezeigt, dass Musik eine wirkungsvolle "Einstiegsdroge" sein kann.

Auch die Berliner Behörden haben das Problem erkannt. Lehrer wurden informiert und angewiesen, beim Auftauchen der CD sofort das Kriminalamt einzuschalten, sagte Anne Rühle, Sprecherin der Senatsverwaltung für Bildung. Zudem sollen im Umfeld von Schulen Polizisten patrouillieren. Der Berliner Verfassungsschutz rechnet mit Verteilaktionen an Schulen, an denen es bereits Cliquen mit rechtsradikalen Jugendlichen gibt. Diese befinden sich vor allem in den Ostbezirken wie Pankow, Lichtenberg und Köpenick.

Anfangs waren sich Polizei und Landesministerien uneins über den strafrechtlichen Umgang mit dieser CD. Anwälte der Urheber hatten angeblich den Sampler vorab auf strafbare Inhalte überprüft, um Beschlagnahmungen und Anklagen zu vermeiden. Das Amtsgericht Halle hat aber inzwischen dem Generalstaatsanwalt von Sachsen-Anhalt Recht gegeben, der die CD als "offenkundig schwer jugendgefähr

dend" eingestuft hat. Seit Donnerstag darf sie bundesweit beschlagnahmt werden.

**Bianca Klose von der "Mobilen Beratung gegen Rechtsextremismus" kann in der Aktion hingegen nichts qualitativ Neues entdecken. Sie beobachtet bereits seit einigen Jahren eine Zunahme von Antisemitismus und Fremdenhass an Berliner Schulen. Schimpfwörter wie "Du Judenschwein" und "Dönerfresser" sind inzwischen auch an Realschulen und Gymnasien geläufig, nicht nur an Hauptschulen. "Zudem ist auffällig, wie sehr sich die Szene verjüngt hat", so Klose weiter. Neonazikader würden gezielt Fünft- und Sechstklässler ansprechen.**

Eine Rock-CD sei nur eins von vielen Mitteln, die ansonsten eher schwer verdauliche Ideologie jugendgerecht zu verpacken. Eine Lehrerin

in Köpenick berichtet von Flugblättern und Schülerzeitungsartikeln mit rechten Inhalten, die seit einem Jahr in ihrer Schulklasse kursieren.

Gegenmaßnahmen gibt es aber auch. So hat die länderübergreifende Stelle für Jugendschutz ([www.jugendschutz.de](http://www.jugendschutz.de)) im Auftrag der Bundeszentrale für politische Bildung eine CD herausgebracht, auf der sich Unterrichtsmaterialien für Lehrer zum Thema Rechtsextremismus befinden. Und der PDS-nahe Jugendverband "solid" will im September ebenfalls mit einem eigenen CD-Projekt vor die Schultore treten. Das Motto lautet: "AufMUCKEn gegen rechts". Ihr Geschoss: Konstantin Wecker und Hannes Wader.

taz Berlin lokal Nr. 7430 vom 9.8.2004, Seite 21, 143 TAZ-Bericht FELIX LEE

### Berliner Abendblatt

28. Juli 2004

### Aktiv gegen Nazi-Sprüche

#### Mobile Beratung gegen Rechtsextremismus bietet Hilfe

**Pankow/Prenzlauer Berg. Ein Zeichen setzen, darum ging es am Dienstag, 20. Juli, bei der Nazi-Aufkleber-Abreiß-Aktion der Jusos in Pankow rund um den S-Bahnhof Heinersdorf. Hintergrund der Veranstaltung ist die rechte Propaganda der im Mai gegründeten Gruppierung „Vereinte Nationalisten Nordost“.**

Stein des Anstoßes: Kleine Aufkleber mit Sprüchen wie „Deutsche kauft bei Deutschen. Nationale Solidarität gegen Überfremdung“, „Macht den Lade-Klub dicht“ oder „National Befreite Zone. Hier herrscht Ruhe und Ordnung“ die seit ein paar Wochen das Pankower Straßenbild „zieren“. Bereits Anfang Juli sollten viele dieser nur drei mal vier Zentimeter großen Sticker entfernt werden. Das endete damit, dass die Aktivisten von vermummten Rechtsextremisten „auf Streife“ verprügelt wurden. „auch wenn die Aufkleber recht klein sind, die Mitglieder der Gruppierung überwachen ihre Propagandaaktivität sehr akribisch“ weiß Fabian Weißbarth vom Netzwerk gegen Rechte Gewalt. Und es zeigt, dass rechte Kader beim Kampf um die Straße auch gewalttätiges Handeln nicht scheuen.

Bei der Abreißaktion am Dienstag ist jedoch keiner der 50 Demonstranten behelligt worden. Auch nicht von Passanten. „Nur vereinzelt sind Leute stehen geblieben und haben zugesehen, was wir machen, andere hatten es sehr eilig ihre Tram oder S-Bahn zu erreichen“, so Weißbarth. Polizeiüberwachung gab es nur Anfang des Marsches.

Unbekannt sind die Personen, die sich bei den Vereinten Nationalisten Nordost zusammen geschlossen haben, jedoch nicht. „Neu ist nur der Name“, sagte **Catharina Schmalstieg von der Mobilen Beratung gegen Rechtsextremismus**. Sonst seien in der Organisation alle alten, bereits bekannten Gruppen wie die Kameradschaften Pankow und Preußen oder die Autonomen Nationalisten Berlin vereinigt, sowie auch die Politisch aktive NPD. Als einschlägiger Treffpunkt der Organisation ist unter anderem die Gaststätte „Pankower Bär“ in der Waldstraße bekannt.

„Wichtig ist jetzt, die Aktionen in der Öffentlichkeit nicht abreißen zu lassen“, weiß Fabian Weißbarth. Flugblätter verteilen, aufklären, heiße die Devise. Man müsse unbedingt verhindern, dass die Nationalisten an Terrain gewinnen.

„Noch kann das Entstehen von Angstzonen verhindert werden, aber dafür sind alle Kräfte gefordert“, so **Schmalstieg. Hilfe bietet die Mobile Beratung gegen Rechtsextremismus** in der Chausseest. 29, die auch bei der Entwicklung von Handlungsstrategien unterstützt. Telefonisch ist die Beratungsstelle unter 24045430 erreichbar.

Info: In der Bundesrepublik gibt es etwa 150 Kameradschaften. Ihre Mitglieder sind zwischen 16 und 28 Jahre alt. Selbstverständlich ist für sie das Eintreten für ein nationalsozialistisches System, offener Rassismus und eine strikt antisemitische Grundhaltung.



25. August 2004

**Wer hat Angst vor Angstzonen?**  
Die „Mobile Beratung gegen Rechtsextremismus in Berlin“ (mbr) feiert Geburtstag und lädt zum Fachgespräch  
Von Simone Rafael

Wie soll man die Orte nennen, die potenzielle Opfer rechtsextremer Gewalt meiden, weil sie Angst haben, dort ihren Peinigern zu begegnen? „Angstzonen“ scheint der „Mobilen Beratung gegen Rechtsextremismus in Berlin“ ein möglicher Begriff zu sein. Diskussion u.a. mit Berlins Beauftragtem für Migration (Foto).

Der Anlass des Fachgesprächs „Angstzonen in Berlin“ am 23. August 2004 ist ein erfreulicher: Drei Jahre gibt es nun die Mobile Beratung gegen Rechtsextremismus in Berlin (mbr). Seit drei Jahren berät die mbr Einzelpersonen, Jugendeinrichtungen, Schulen, Initiativen, Netzwerke, Politik, Verwaltung, Vereine und Gewerbetreibende, die sich gegen Rechtsextremismus, Rassismus und Antisemitismus engagieren oder es möchten. Seit drei Jahren stärkt die mbr die demokratische Kultur in den Bezirken Berlins. Seit drei Jahren machen die mbr-Mitarbeiter und -Mitarbeiterinnen die lokalen Engagierten fit, um noch effektiver gegen Neonazis und Gewalt vorzugehen.

**Wider den rechtsextremen Kampfbegriff**  
Zum dreijährigen Geburtstag schenken nun die mbr-Mitarbeitenden sich und der Welt einen Gedankenaustausch zum Thema Angstzonen. Wie mbr-Projektleiterin Bianca Klose zu Beginn des Gesprächs darlegt, wird das rechtsextreme politisch-strategische Konzept der „National Befreiten Zonen“, in denen eine

rechtsextreme Hegemonie geschaffen werden soll, erstmals 1991 propagiert. Es ist ein rechtsextremer Kampfbegriff, den eine demokratische Gesellschaft keinesfalls als Problembeschreibung übernehmen kann, auch wenn es das Phänomen, das er bezeichnet, leider in Ansätzen gibt.

**„Angstzone“ macht die Opferperspektive sichtbar**

Der Begriff der „Angstzone“, so erläutert Klose, soll auf die Opferperspektive hinweisen und Orte wie Straßen, Plätze, Tankstellen, Discos oder Nachtbusse bezeichnen, an denen potenzielle Opfer rechtsextremer Gewalt wie Migranten oder alternative Jugendliche Angst haben, bedroht oder verletzt zu werden. Angstzonen werden subjektiv wahrgenommen, das heißt, für die Betroffenen ist die Bedrohung real, während der Großteil der Bevölke-



rung sie nicht einmal wahrnimmt.

*Das Podium: Oliver Seifert vom ISD, Bianca Klose von der mbr, Moderatorin Julia Plessing vom Verein VDK, Berlins Migrations- und Integrationsbeauftragter Günter Piening, Stadtteilmanagerin Bärbel Olhagaray (v.l.)*

Ursprung kann ein Übergriff in dem Gebiet sein oder die Präsenz einer rechtsextrem orientier-

ten Jugendclique, aber auch Hinweise auf rechtsextremen Einfluss wie Aufkleber oder Graffitis. Ein Übriges tut die Einstellung der Bevölkerung: Wo etwa Migranten oder Punks das Gefühl vermittelt bekommen, dass ihnen im Falle eines Übergriffes niemand helfen wird, wächst die Angst. Die Folgen beschreibt Bianca Klose so: "Die Betroffenen können nur noch eingeschränkt am öffentlichen Leben teilnehmen. Und das Schlimme ist: Ein Übergriff wirkt oft auf eine ganze Gruppe von Menschen." Ihre Forderung ist deshalb: "Aufenthaltsschutz für jedermann auf der Straße!" Das klingt so einfach und es macht deshalb besonders nachdenklich, dass man das überhaupt fordern muss.

### **"In den Osten fahren wir nicht"**

Oliver Seifert von der Initiative Schwarze Deutscher (ISD) bestätigt die Folgen, die Übergriffe auf eine Community haben: "Für Schwarze ist fast ganz Ostberlin eine Angstzone, mit Ausnahme von Mitte und Prenzlauer Berg." Und er erläutert, wie umfassend sich dieses Gefühl auswirkt: Wer in den östlichen Bezirken als Asylbewerber ankommt oder dort geboren wird, zieht weg, so schnell er oder sie kann. Der Osten Berlins wird gemieden, man fährt dort weder zu Ausflügen hin, noch um Freunde zu besuchen. Seifert berichtet: "Wir haben dieses Jahr das Jahrestreffen der ISD in einem kleinen Brandenburger Ort in der Nähe von Berlin abgehalten. Die Hälfte unserer Mitglieder ist nicht gekommen mit der Begründung: In den Osten fahren wir nicht."

### **Situation bewerten und einordnen**

Es ist ein Redebeitrag, der Günter Piening, Beauftragter für Migration und Integration des Berliner Senats, nicht behagt, aber für ihn eine gute Überleitung zu seiner Einstellung zum Begriff der "Angstzonen" bietet. Gut sei daran die Opferperspektive: "Es ist ein wichtiger Begriff, um die Stadt aus Sicht der Opfer wahrzunehmen." Die Schwäche sei allerdings genau die Frage, ob die Angst an diesen Orten wirklich gerechtfertigt sei: "Deshalb ist es als nächster Schritt besonders wichtig, die Situation gemeinsam mit den Betroffenen zu bewerten, ihnen Sicherheitsgefühle zu vermitteln, aber keinesfalls einen ganzen Bezirk zu stigmatisieren!" Piening fordert vor allem, dass tägliche Diskriminierungen im Alltag bekämpft werden müssen, damit die Opfer nicht das Gefühl hätten, sie bekämen keinen Rückhalt. "Und dabei ist die Vermittlung der Opferperspektive mit Sicherheit besonders wichtig - wenn es Punks oder Asylbewerber sind, sagt bestimmt nicht

jeder Bezirksbürgermeister sofort, ich muss jetzt deren Interessen vertreten!"

### **"Ich habe Angst vor dem Begriff Angstraum"**

Bärbel Olhagaray ist als Stadtteilmanagerin von Berlin-Lichtenberg eine Frau, die gegen Angstzonen anzukämpfen hat und dies – auch mit Unterstützung der mbr – seit Jahren engagiert und erfolgreich tut. Aber mit dem Begriff der Angstzone kann sich Olhagaray nicht anfreunden. Zum einen, weil sie meint, dass dann fast jeder Teil von Berlin für irgendjemand eine Angstzone wäre – „wenn sie an die verschiedenen Opfergruppen denken, neben den Migranten und alternativen Jugendlichen beispielsweise auch Frauen und Senioren“. Außerdem weist sie auf ein Problem des Begriffes hin: „Ich habe Angst vor dem Begriff Angstraum. Wenn ich den nenne, dann läuft doch kein normaler Mensch mehr dort lang!“ Bianca Klose vom mbr stimmt ihr dahingehend zu: „Wir wollen ja auch keine ‚Reisewarnungen‘ aussprechen.“

### **Was tun gegen die Bedrohung?**

Hier nimmt die Diskussion die Wendung zum konkreten Handeln: Was tun gegen die Orte der Angst?

#### *Den öffentlichen Raum zurückerobern!*

Ein Knackpunkt, so Bianca Klose von der mbr, ist die Frage: Wer ist verantwortlich für den öffentlichen Raum? Gerade, wenn die Bedrohungen unterhalb des Straftatbestandes bleiben, sind nicht Polizisten, sondern die Anwohner, die Gewerbetreibenden, die lokale Gesellschaft gefragt. „Wir versuchen, bei den Menschen ein Interesse am öffentlichen Raum herzustellen und ihnen klar zu machen, dass es ihr eigener Raum ist und dass sie ihn demokratisch besetzen können und sollten.“

Nach einer Analyse des lokalen Problems ist es wichtig, dass die Menschen informiert werden, ins Gespräch kommen und so die Thematik Rechtsextremismus begreifen: „Damit der Busfahrer die Gefahr erkennt und eben nicht meint, das ist ein Streit unter Jugendlichen, wenn Rechte im Bus einen Punk anpöbeln, und sie vor die Tür setzt mit den Worten: Schlagt Euch draußen zu Ende!“

*Gegenstrategien, Prävention, Klimaänderung*  
Den Berliner Senat sieht Günter Piening mit dem Berliner Programm gegen Rechtsextremismus auf einem guten Weg. „Wir müssen an die bezirkliche Situation ran, und dass haben

wir mit fünf Bezirksstudien schon gut begonnen“, so Piening. Auf dem Weg, Gegenstrategien zu entwickeln, Präventionskonzepte zu erarbeiten und das gesellschaftliche Klima positiv zu verändern, schätzt er die Arbeit der mbr: „Wir brauchen solche Einrichtungen, die eine Scharnierfunktion wahrnehmen zwischen dem staatlichen Prozess und Opfergruppen.“



Günter Piening im mbr-Gespräch

*Schon kleine Schritte bringen Effekte*  
Stadtteilmanagerin Bärbel Olhagaray nennt konkrete Beispiele, wie eine Stadtgesellschaft das Klima ändern kann. Ein Schritt könne sein, einen Platz umzugestalten, ihm mehr Beleuchtung und eine besser einsehbare Struktur der Baumbepflanzung zu geben. Oder es lässt sich feststellen, dass ein Wohngebiet stark von einer rechtsextrem orientierten Jugendgruppe dominiert wird, die ihre „Zentrale“ in einer Jugendeinrichtung hat. Hier beginnt die Klima

veränderung damit, die Jugendgruppe aus der Einrichtung fern zu halten, die damit auch wieder anderen offen steht, und die ihres Treffpunktes beraubten Rechten statt dessen von Straßensozialarbeit betreuen zu lassen.

Eine sich auf dem Weg befindende Erfolgsgeschichte ist der Prerower Platz. Olhagaray beschreibt: „Ein leerer Platz in einem Neubaugebiet, den die Mehrheit der Menschen nur auf dem Weg zur S-Bahn überquert. Er ist Treffpunkt einer Clique von fremdenfeindlichen Jugendlichen, Übergriffe gab es auch schon und organisierte Rechtsextreme versuchen, dort zu rekrutieren.“ Doch der Prerower Platz wird von der Zivilgesellschaft zurückerobert. In der inzwischen gegründeten Bürgerinitiative suchen Anwohner, gegen Rechtsextremismus aktive Vereine und Vertreter des Bezirks gemeinsam mit den Betreibern des „Lindencenters“ und der Polizei nach Möglichkeiten, den Platz attraktiver und sicherer für alle zu machen.

Begann die „Rückeroberung“ mit inzwischen sehr beliebten jugendkulturellen Veranstaltungen und Festen für Skater („Living’n’Concrete“) oder Kunstaktionen, geht es jetzt an eine Neugestaltung, in die die BürgerInnen durch Befragungen einbezogen werden sollen. Zum Ende ihrer Darstellung gibt es noch ein Lob für das Geburtstagskind: „Die professionelle Unterstützung durch die mbr ist sehr wichtig für die Aktiven im Bezirk“, sagt Bärbel Olhagaray.

© mut-gegen-rechte-gewalt.de - 25.08.2004

## Neues Deutschland

Donnerstag, 23. September 2004

### »Neonazis schüren Klima der Angst«

**Piening: Erschreckende Akzeptanz rechtsextremen Denkens/Senat fördert 36 Antifa-Kiezprojekte**

Von Rainer Funke

Berlin sei nicht die Hauptstadt des Rechtsextremismus, gleichwohl seien die Gefährdungspotenziale erkennbar, sagte Günter Piening, Senatsbeauftragter für Integration und Migration, gestern vor der Presse. Die jüngsten Ergebnisse der rechten Parteien bei Landtagswahlen könne man nicht nur auf Protestverhalten zurückführen. Vielmehr gebe es eine Kontinuität rechtsextremen Denkens und eine erschreckende Akzeptanz solchen Gedankengutes, vor allem unter Jugendlichen.

Das Potenzial rechter Parteien in Berlin bezifferte Parteienforscher Richard Stöss (FU) auf etwa 10 Prozent. Im Ostteil der Stadt mache es rund zwölf, im Westteil 8 Prozent aus, im Land Brandenburg 24 Prozent. Es handele sich gewissermaßen um eine »unterirdische Strömung«, die sich »unter bestimmten Bedingungen nach oben spült«. Latentes Potenzial schlägt nach FU-Studien in manifestes Potenzial vor allem dort um, wo massive Deindustrialisierung stattfindet und nichts nachkommt oder Neues sich anderswo ansiedelt, wo also Zukunft fehlt. In diesem Sinne könnte die wei

tere Entleerung der ländlichen Gebiete dazu führen, »dass die Konflikte sich weiter verschärfen«, so Stöss.

Er denkt, dass die etablierten Parteien zum Aufstieg der Rechten beitragen, wenn sie beispielsweise – wie jüngst im Wahlkampf – PDS mit NPD gleichsetzen. Da die PDS zumindest im Osten »als ganz normale Partei« wahrgenommen werde, übertrage man das faktisch auf die NPD und ebne ihr damit den Weg in die Gesellschaft, meinte Stöss. Laut Piening ist die NPD derzeit dabei, vor allem in Treptow-Köpenick Fuß zu fassen. »In einigen Quartieren erzeugen rechte Cliques durch Propaganda und Einschüchterungsversuche gegen Andersdenkende ein Klima der Angst.«

Unter Rechtsextremismus dürfe nicht nur physische Gewalt jugendlicher Tätergruppen verstanden werden. Die Annahme, dass Deutschen Vorrechte gegenüber Zugewanderten

zuständen, sowie die Ethnisierung sozialer Konflikte fänden sich in unterschiedlichen Milieus, auch in Berlin. Der organisierte Rechtsextremismus knüpfe daran an, meinte Piening. Gerade in Treptow-Köpenick sei eine personelle Vermischung von Kameradschaften und NPD festzustellen, informierte Bianca Klose von der »Mobilen Beratung gegen Rechtsextremismus«. Auf Foren besetzen Neonazis verstärkt lokale Themen, vermitteln z.B. Hartz-IV-Rat und bieten eine rechtsextreme Erlebnisstruktur an – vom Kneipenabend über Kon-

zert und Fußball bis Lagerfeuer, Bekleidungs-geschäft und Mittun im Boxverein.

Ein Verdrängen von Neonazi-Gedankengut sei möglich, sagte Stöss, wenn die Bezugsgruppen der potenziell Gefährdeten rechtsextremistisches Verhalten nicht hinnehmen würden. Hier setzen die 36 vom Senat mit bisher jährlich 1,5 Millionen Euro geförderten Projekte in den Kiezen an, deren Ziel es ist, die demokratischen Gepflogenheiten vor Ort zu stärken. Wo Demokratie lebendig im Alltag verankert sei, habe Rechtsextremismus keine Chance, versicherte Piening. Er forderte den Bund auf, weiter Geld für eine nachhaltige Arbeit gegen Rechts bereitzustellen.

• *In Berlin gibt es nach Schätzungen des Verfassungsschutzes 2380 bekennende Rechtsextremisten. Von ihnen sind 240 in der NPD organisiert, 620 in der DVU, 630 bei den Republikanern.*

• *Der gewaltbereiten Neonazi-Szene werden 500 bis 580 Personen zugerechnet.*

• *34 Prozent aller Gewaltstraftaten mit Neonazi-Hintergrund entfielen voriges Jahr auf Treptow-Köpenick und Neukölln.*

• *Nach Jahren der Stagnation ist die Kameradschafts-Szene wieder verstärkt aktiv. Neben der »Kameradschaft Tor Berlin« gibt es Neugründungen wie die »Kameradschaft Reinickendorf«, die »Autonomen Nationalisten« und die »Alternative Süd-Ost«.*



Berliner Zeitung, 23. September 2004

### Nach der Schule geht's zur Kameradschaft

Rechtsradikale in Berlin bauen feste Strukturen auf / Besonders für Jugendliche haben sie verlockende Angebote *Thomas Rogalla*

Günter Piening, Ausländerbeauftragter des Senats, nutzte gestern die Aufmerksamkeit, die nach den NPD- und DVU-Wahlerfolgen in Brandenburg und Sachsen für das Thema Rechtsextremismus besteht. Seine Warnung: Rechtsextremismus dürfe nicht als Strohfeder gesehen werden, das auf Grund der Zuspitzung der derzeitigen sozialen Probleme nur kurz aufflackere und nach einiger Zeit wieder verlösche. »Es geht um mehr als Protest«, sagte Piening.

Nach Umfragen des Rechtsextremismusexperten der Freien Universität, Richard Stöss,

ist Berlin zwar "nicht die Hauptstadt des Rechtsextremismus". Etwa zehn Prozent der Bevölkerung besitzen seinen Studien zufolge eine verfestigte rechtsextreme Einstellung, in Brandenburg sind es 24 Prozent.

Allerdings hat sich mittlerweile vor allem im Ostteil Berlins im Umkreis der NPD und so genannter "Kameradschaften" von Neonazis eine Infrastruktur ausgebildet, die rechtslastige und politisch noch unsichere Jugendliche an sich zu binden versucht - mit wachsendem Erfolg. "NPD-Funktionäre holen zum Beispiel Jugendliche in Treptow-Köpenick nach der

Schule ab und bringen sie zu Parteischulungen", berichtete **Bianca Klose vom Mobilien Beratungsteam gegen Rechtsextremismus**, einem von mehreren Projekten gegen Rechts. "Die NPD-Leute gehen mit Jugendlichen aufs Arbeitsamt, spielen mit ihnen Fußball oder gehen in Boxvereine", so Klose. Man erobere und besetze in Gruppen bestimmte öffentliche Plätze, an die sich dann kein Ausländer mehr trauen könne. Die Rechten kauften ihre Ausstattung in Szeneläden ein und gingen in bestimmte Musikklubs. Kloses Fazit: "Es gibt in Berlin eine rechtsextreme Erlebniskultur mitten in der Gesellschaft. Jugendliche, die sich darin aufhalten, brauchen sich kaum noch mit einem demokratischen Umfeld auseinander zu setzen."

Klose und Stöss berichteten auch über ein verändertes Vorgehen der NPD in der Öffentlichkeit. "Die Zeiten, in denen die Neonazis im Wald ihre Kriegsspiele veranstaltet haben, sind vorbei", sagte Stöss. "Jetzt vertreten die teilweise intellektuell durchaus beschlagenen NPD-Kader offensiv ihre Politik." Klose und ihr Kollege Carl Chung vom Mobilien Beratungsteam Ostkreuz haben die Erfahrung gemacht, dass die Rechten seit einiger Zeit eine "Wortergreifungsstrategie" fahren. "Die kommen zu Veranstaltungen und Bürgerversammlungen in Mitte, Treptow-Köpenick oder Marzahn-Hellersdorf und versuchen, die Diskussion über soziale und andere Themen zu beeinflussen", sagte Klose. Rechtsextremismus ist nach den Untersuchungen Stöss' und den Beobachtungen der Praktiker vor allem ein Problem in den Ost-Bezirken. Das hat nach Auffassung von Stöss mit dem Prozess der Deindustrialisierung und den durch Arbeitslosigkeit und sozialen Abstieg verursachten Problemen zu tun.

"In den verwahrlosten Plattenbauhäusern in Marzahn-Hellersdorf ist es schwer, mit demokratischen Werten zu argumentieren", sagte Chung. Die Erfahrung junger Arbeitsloser und Sozialhilfeempfänger, ohne Perspektive zu sein und keine Wertschätzung zu bekommen, mache sie anfällig für einfache Parolen, wonach die Ausländer schuld an ihrer Misere seien.

Auch in West-Berlin gebe es rechtsextreme Einstellungen. Dort sei allerdings das gesellschaftliche Potenzial, das gegen rechte Aktivitäten zu motivieren sei, erheblich größer. "Wenn in Spandau ein Schüler in einer Klasse sich als Neonazi bekennt, dann hat das nicht dieselbe Wirkung wie in einem stärker latent rechtsextremen Umfeld wie im Osten", sagte Klose.

Ziel muss es nach Ansicht Pienings sein, "genau hinzuschauen. Eine lebendige, konfliktfähige Demokratie ist die beste Impfung gegen rechtes Gedankengut."

Die zahlreichen Beratungsprojekte, die der Senat und der Bund fördern, müssten mit den Akteuren vor Ort Strategien entwickeln, die den Rechten den Entfaltungsraum nehmen. Klose begrüßte es, dass etwa die Bezirksbürgermeister in einigen betroffenen Ostbezirken das Problem offen ansprechen und mit den Initiativen gegen Rechts kooperieren. Allerdings, so forderte Piening, koste der Kampf gegen Rechts Geld. Auf keinen Fall dürfe der Bund seine Förderung, die deutschlandweit etwa 60 Millionen Euro beträgt, streichen. Piening: "Zum Nulltarif ist die Stärkung demokratischer Strukturen nicht zu bekommen."



**DIE INTERNET-PLATTFORM GEGEN RECHTSEXTREMISMUS**

AMADEU ANTONIO STIFTUNG

22. September 2004

### Wortergreifungsstrategien' der NPD – Wie wirksam ist Rechtsextremismus in Berlin? Von Simone Rafael

Ist Berlin auch die Hauptstadt des Rechtsextremismus? Nein, sagt Berlins Integrationsbeauftragter Günter Piening, aber man muss den vorhandenen Anfängen wehren.



Er diskutierte die rechtsextremen Wahlerfolge mit Parteienforscher Richard Stöss und den Mobilien Beratungsteams Berlin.

Nach rechtsextremen Wahlerfolgen wie jüngst in Sachsen und Brandenburg tauchen die Fragen auf: Woher kommt das nur? Was kann man dagegen tun? Parteienforscher Richard Stöss von der Freien Universität Berlin seufzt und sagt: "Immer wieder kommt es zu rechtsextremen Wahlerfolgen. Und immer wieder ist danach die Überraschung groß - weil die Öffentlichkeit dem unangenehmen Thema Rechtsextremismus immer nur für eine kurze Zeit Aufmerksamkeit schenkt."

### **15 Prozent der Deutschen sind latent rechtsextrem**

Der Politologe stellt bei Befragungen ein "rechtsextremes Einstellungspotenzial" von 15 Prozent in der Bevölkerung statt - wobei im Westen die Werte bei 12 Prozent, im Osten um die 19 Prozent liegen. "Das ist latenter Rechtsextremismus", sagt Stöss. Die Menschen teilen rechtsextreme Einstellungen, zeigen sie aber nicht offen.

### **Warum, ist nicht klar zu sagen**

Schade: Wann der latente in manifesten Rechtsextremismus umschlägt, weiß die Wissenschaft nicht. Begünstigende Faktoren seien das Angebot an rechtsextremen Parteien und Ideologie, aber auch die politische Kultur, der sozioökonomische Status und die Mentalität, die beeinflussen, ob jemand offen rechtsextrem agiert. Es sei also wichtig, wie gesellschaftliche Diskurse zum Thema Rechtsextremismus laufen und wie Medien berichten, wie es um die individuelle Eingebundenheit in und Zufriedenheit mit der Gesellschaft bestellt ist und schließlich, wie im persönlichen Umfeld die Hemmschwellen in Bezug auf rechte Äußerungen aussehen.

### **Mitleidseffekt für die NPD**

In der derzeitigen, gut gemeinten Diskussion werde etwa auch viel Kontraproduktives geäußert: "Wenn etwa vor den Wahlen in Sachsen gewarnt wurde: Wenn die Rechtsextremen gewählt werden, dann siedelt sich hier keine Industrie mehr an - dann kommt das bei potenziellen NPD-Wählern so an: Die etablierten Parteien, die selbst kein Industrie angesiedelt haben, schieben den schwarzen Peter der NPD zu. Ein Mitleidseffekt tritt ein." Auch die oft praktizierte Gleichsetzung von NPD und PDS ("Extreme am rechten und linken Rand") sei ein Problem: "Die PDS ist eine demokratische Partei. Wird sie mit der NPD gleichgesetzt, ist das ein Persilschein für die NPD."

Wenig beruhigend findet der Parteienforscher auch die Argumentation, ein Großteil der Wähler rechtsextremer Parteien sei ja "Protestwähler". Stöss erklärt: „Unsere Untersuchungen haben ergeben: Drei Viertel der Menschen, die angeben, rechtsextreme Parteien aus Protest zu wählen, sind trotzdem auch rechtsextrem eingestellt.“

### **Hemmschwellen hoch halten**

Wichtig sei es, an der politischen Kultur und Mentalität zu arbeiten, so dass die Hemmschwellen hoch bleiben und Rechtsextremismus geächtet und sanktioniert wird: "Denn das Angebot können wir nicht ändern. Wenn eine rechtsextreme Partei verboten wird, wird es eine neue geben." Das könnte durch Projekte, die gegen Rechtsextremismus arbeiten, geschehen – die dauerhaft Unterstützung bräuchten.

### **"Berlin ist nicht Hauptstadt des deutschen Rechtsextremismus"**

In Berlin gibt es ein Landesprogramm gegen Rechtsextremismus, Fremdenfeindlichkeit und Antisemitismus beim Beauftragten für Integration und Migration, das genau diesen Ansatz verfolgt und mit 1,2 Millionen Euro jährlich rund 35 Projekte unterstützt. "Berlin ist nicht die Hauptstadt des deutschen Rechtsextremismus", sagt Günther Piening, "aber das soll auch so bleiben. Obwohl es Gefährdungspotenziale gibt." Mit den Maßnahmen soll die Gesellschaft bei der Auseinandersetzung mit Rechtsextremismus gestärkt werden. Piening betont aber auch: Die Stärkung von Demokratie und Toleranz sei eine Aufgabe, die Bund, Länder und Kommunen nur gemeinsam lösen könnten. Er kritisierte deshalb die Beendigung der Bundesförderung über die Programme CIVITAS, entimon und Xenos zum Jahr 2006: "Diese Entscheidung muss unbedingt überdacht werden. Wir brauchen diese Programme so nötig wie eh und je!"

### **NPD und Kameradschaften agitieren in Treptow-Köpenick**

Welche Probleme es in Berlin mit der NPD und rechtsextremen Kameradschaften gibt, erläutern zwei Praktiker: Bianca Klose vom Mobilien Beratungsteam gegen Rechtsextremismus in Berlin (mbr) und Carl Chung vom Mobilien Beratungsteam Ostkreuz. Klose berichtet von der Arbeit der mbr in Treptow-Köpenick, wo die NPD-Bundesgeschäftsstelle liegt und demnächst ein NPD-Bildungszentrum entstehen soll. Dort arbeite die NPD eng mit der örtlichen Kameradschaft, der BASO (Berliner Alternative

Süd-Ost), zusammen. Gemeinsam werde an Schulen agitiert, gezielt Jugendliche geschult.

### **Neu: Wortergreifungsstrategien**

Vor allem aber sei es eine neue gemeinsame Strategie, sich in kommunale Prozesse einzumischen: "Eltern setzen sich etwa mit NPD-nahen Anwälten für 'nationale Jugendzentren' ."  
Rechtsextreme kämen zu zivilgesellschaftlichen Zusammenkünften, Parteiveranstaltungen oder antifaschistischen Runden und versuchten, dort die Diskussion zu beeinflussen oder zu bestimmen. An tagespolitische Diskurse anknüpfend, starten sie Kampagnen und versuchen, sich kommunal einzubringen. Diese "Wortergreifungsstrategie" gebe es bei NPD-Kadern wie Kameradschaftsmitgliedern gleichermaßen.

### **Eine rechtsextreme Welt inmitten der Gesellschaft**

Außerdem ermöglichten beide eine umfangreiche "rechtsextreme Erlebniskultur" für Jugendliche, berichtet Klose. "Nicht nur, dass es eine intensive Betreuung gibt - wie Begleitung zum Arbeitsamt, Abholen nach Prozessen und Schulungen", sagt sie, "zudem gibt es ein Freizeitangebot von Bocciaabenden über Fußballspiele und Konzerte bis zu Boxvereinen." Die Expertin der mbr warnt vor einer rechtsextremen Welt inmitten der Gesellschaft: "Für rechtsextrem orientierte Jugendliche gibt es bei einem so umfassenden rechtsextremen Programm kaum noch Gründe, andere kulturelle Angebote wahrzunehmen."

### **Keine rechtsextremen Strukturen**

Dies allerdings versucht die mbr zu brechen: Die BeraterInnen bringen die kommunale Politik dazu, sich zum Thema zu positionieren, sie sensibilisieren die Akteure im Bezirk, regen

runde Tische oder eine Arbeitsgemeinschaft zum Umgang mit Angstzonen an, beraten Pächter, wie sie rechtsextreme Veranstaltungen in ihren Räumen verhindern können. Demnächst soll ein Kiezzentrum entstehen, das Jugendlichen wie Erwachsenen andere kulturelle Angebote machen kann. "Positiv ist, dass die NPD in Treptow-Köpenick bisher weder einen eigenen Jugendclub eröffnen noch einen bestehenden übernehmen konnte", sagt Klose, "und das liegt auch daran, dass die Menschen dort aufmerksamer sind."

### **Fehlende Förderung sendet negative Signale**

Carl Chung vom Mobilien Beratungsteam Ostkreuz arbeitet in Marzahn-Hellersdorf. "Hier bekommt die NPD die meisten Stimmen in ganz Berlin. Rechtsorientierte Markenklamotten und Statussymbole gehören zum Straßenbild. Rassistische Witze sind Alltag. Aber wenn man das anspricht, tut das vielen im Bezirk weh", berichtet Chung. Arbeit gegen Rechtsextremismus braucht viel Einfühlungsvermögen, denn sonst "machen die Leute dicht, weil sie sich stigmatisiert fühlen. Neben den Menschen in sozialen Problemgebieten wie Marzahn-Nord, "wo viele eher Desinteresse und Entwertung kennen lernen als Menschenwürde und Beteiligung" und diese negativen Empfindungen an Migranten, Spätaussiedlern oder Afrodeutschen ausließen, lebten im Bezirk ja auch viele engagierte Menschen. "Für die ist es aber ein sehr negatives Signal, wenn nun das Geld für die Arbeit gegen Rechtsextremismus gekürzt wird. Das kommt bei den Aktiven als Abwertung an: Eure Arbeit und Kompetenz ist nichts wert."

© mut-gegen-rechte-gewalt.de - 22.09.2004

## Hermetische Welt der Rechten

**Mit Gewalt und Kaderschulungen beherrscht die NPD Kieze in Treptow-Köpenick. Projekten, die sich dagegenstellen, werden von Land und Bund die Mittel gekürzt**

Rechtsextreme haben nicht nur bei den Landtagswahlen in Brandenburg und Sachsen Zulauf. Auch in Berlin verbreitet sich die braune Brut. "Die NPD schickt sich an, in Köpenick Fuß zu fassen", warnt Günter Piening, Senatsbeauftragter für Integration und Migration. Da

bei setzen Nazis offenbar stärker auf Gewalt, wie der aktuelle Verfassungsschutzbericht belegt. 2003 kam es in Berlin zu 70 Gewaltdelikten mit rechtsradikalem Hintergrund - im Vorjahr waren es 52. Die NPD versucht sich aber auch mit legalen Mitteln zu etablieren.

**Laut Bianca Klose, die für die Mobile Beratung gegen Rechtsextremismus in Berlin (MBR) in Treptow-Köpenick arbeitet, sind Pienings Befürchtungen noch stark untertrieben.** "In Treptow-Köpenick hat sich mitten in der demokratischen Gesellschaft eine hermetische Welt der Rechten gebildet", sagt Klose. Nazis würden dort die Jugendlichen direkt von der Schule zu nationalistischen Kaderschulung bringen. Auch zum Arbeitsamt würden sie begleitet. Zudem richten sie spezielle Kneipenabende aus. Das NPD-Netzwerk beschränke sich nicht nur auf stärkere Kooperation mit Neonazis wie mit Kameradschaften, etwa der "Berliner Alternative Süd-Ost" (BASO), vor deren wachsenden Aktivitäten der Berliner Verfassungsschutz warnt.

Auch in der Öffentlichkeit versuchten die Rechten ihr Gedankengut salonfähig zu machen. "Die NPD greift mit demokratischen Mitteln ins lokalpolitische Tagesgeschäft ein, tritt unerkannt bei Diskussionsrunden auf und zwingt die Politiker in die Auseinandersetzung mit ihr", warnt Klose. "Dabei ist deren Missbrauch gegen die Demokratie kaum noch ersichtlich." So deutlich wie beim Spendenaufruf in ihrem Hetzblatt *Deutsche Stimme* für das auf dem Gelände der NPD-Bundesgeschäftsstelle in Köpenick geplante Bildungszentrum wird die NPD nur noch selten. Dort krakeelte

sie noch unverhohlen vom "Kampf für die Befreiung unseres Volkes".

Um den braunen Sumpf einzudämmen, unterhält das Land zurzeit 35 soziale Projekte wie beispielsweise das Anne-Frank-Zentrum in Mitte.

"Dabei setzen wir vor allem auf den Schutz und die Beratung von Opfern rechter Gewalt sowie auf Netzwerke und die MBR", sagt Andreas Germershausen, Mitarbeiter im Arbeitskreis Antidiskriminierung des Senatsbeauftragten Piening. Der hofft über die MBR und die anderen Projekte die Gesellschaft so stärken zu können, dass sie ein demokratisches Wir-Gefühl gegen rechts schaffe. Für Parteienforscher Richard Stöss von der FU Berlin heißt das, die Ächtung von rechtem Denken in der sozialen Mentalität zu verankern.

Mentalitätsbildende Maßnahmen sind aber kostspielig, auch wenn es dabei nach Klosens Meinung gar nicht um die tief in brauner Ideologie verwurzelten Mentalitäten geht. Geld jedoch fehlt dem Land. Nachdem Berlin die Projekte in diesem Jahr noch 1,5 Millionen Euro finanzierte, werden es 2005 nur noch 1,2 Millionen sein. Hinzu kommt, dass die drei Programme "Xenos", "Civitas" und "Entimon", mit denen der Bund die Länder seit 2001 mit 60 Millionen Euro bei ihrer Arbeit gegen rechts unterstützte, Anfang 2006 auslaufen. Das Ende einiger der 35 Berliner Projekte ist unvermeidlich.

"Die gleiche Anzahl mit weniger Geld finanzieren bringt nichts", gibt Germershausen offen zu. Der Ebbe in der Landeskasse stehen gefüllte Parteikassen von DVU und NPD gegenüber. Dank ihrer Landtagsfraktionen in Brandenburg und Sachsen erhalten beide gemäß dem Parteiengesetz Geld aus der Staatskasse. Während Piening sparen muss, kann die NPD in Köpenick weiter investieren.

STEFAN KLOTZ

Berliner Zeitung, 14. Oktober 2004

## **Brandenburgs Rechtsextreme wollen mehr Einfluss in Berlin**

### **"Märkischer Heimatschutz" schickt Personal, Geld und Aufkleber**

Die offizielle Politik kommt mit der geplanten Länderfusion Berlin-Brandenburg nicht voran. Neonazis sind da schon weiter. Die zersplitterte rechte Szene Berlins will sich künftig aus Brandenburg helfen lassen. Denn der so genannte Märkische Heimatschutz (MHS) hat am vergangenen Wochenende eine Berliner Sektion gebildet. Der vor drei Jahren gegründete MHS ist in Brandenburg neben der NPD die zweitstärkste Organisation von Rechtsextremisten. Die Polizei beobachtet diese Entwicklung nach eigenen Angaben "mit Argusaugen". Der Verfassungsschutz wertet dies als Versuch der Brandenburger rechten Szene, mehr Einfluss auf die Berliner Kameradschaften zu erlangen.

Tatsächlich, heißt es in den Reihen des MHS, solle "ein fester Kern von Aktiven geformt und langsam erweitert" werden. Berlin solle demnächst mit Propaganda-Material "zugepflastert" werden. Zudem wolle sich die Berliner Sektion verstärkt der Jugendarbeit in den Kiezen widmen. "Unseren Kameraden in Berlin steht jetzt das volle Volumen des Märkischen Heimatschutzes zur Verfügung", sagt der aus Eberswalde stammende MHS-Chef Gordon Reinholz.

Für **Bianca Klose von der Mobilien Beratung gegen Rechtsextremismus** ist die Gründung der Berliner MHS-Sektion Ausdruck eines Zusammenrückens der rechten Szene. Anders als der Verfassungsschutz ist Klose der Ansicht, dass die Wahlerfolge der sächsischen NPD auch die Berliner Szene aktiviert haben. "Man muss beobachten, zu welchen Aktivitäten die Szene noch in der Lage sein wird", warnt sie.

Im Vergleich zu Berliner Kameradschaften sind die Brandenburger straff organisiert. Die Bran-

denburger verfügen über mehr Geld als die Berliner und haben sogar eine eigene Druckerei. So soll das Hetzblättchen "Märkischer Bote" nun auch als "Berliner Bote" in einer Auflage von mehreren tausend Exemplaren alle zwei Monate verteilt werden. "Jetzt können wir schnell mal tausende Aufkleber herstellen lassen. Eine kleine Kameradschaft muss für 500 Stück lange sparen", sagt ein Berliner, der sich am Aufbau der MHS-Strukturen beteiligt.

Auf den ersten Blick wirkt die Berliner rechte Szene unorganisiert. Bisher machten vor allem die Lichtenberger Kameradschaft Tor und die Berliner Alternative Südost, die sich auf Trep-tow konzentriert, von sich Reden. Dass die Berliner Neonazi-Szene insgesamt zwar unkoordinierter ist, bedeutet jedoch nicht, dass sie nicht aktiver geworden ist - vor allem seit Anfang des Jahres. Zum einen haben die Berliner selbst einen harten Kern von 50 bis 70 Aktivisten, die sich konspirativ verständigen. Zum anderen arbeiten sie besonders seit Sommer verstärkt mit den Brandenburgern zusammen: Im August marschierten Rechte, von der Polizei unbemerkt, durch das Brandenburger Tor. Auch damals waren MHS-Mitglieder dabei. Einige Tage später veranstalteten Neonazis - wieder mit MHS-Leuten - in Spandau eine Gedenkveranstaltung für den Hitler-Stellvertreter Rudolf Heß. Bei symbolischen Hausbesetzungen und bei einer Kundgebung auf dem Alex - stets war der MHS dabei. Deshalb ist die Gründung einer Berliner Sektion zumindest für Bianca Klose auch eine Namensanpassung. "Sie war im Grunde Ausdruck einer engen Kooperation, die es schon seit einigen Monaten gibt."

*Von Andreas Köpitz*

Stuttgarter Zeitung, 16. Oktober 2004

### „Nazis leben nicht auf dem Mond“ – Wie Rechtsextremisten um Straßen und Köpfe kämpfen

*Im Berliner Bezirk Treptow-Köpenick liegt die Bundeszentrale der NPD. Öffentlich treten die Funktionäre kaum auf. Doch die Gegend ist zu einer Hochburg der Rechten geworden und zu einem Beispiel dafür, wie deren Strategie verläuft – in Sachsen oder anderswo.*

**Von Katja Bauer, Berlin**

Am Ende lag der Mann tot auf dem Spielplatz. Nachbarn hatten zuvor das Gegröle gehört. Naziparolen mitten in der Nacht. Der Mann war zu den Brüllenden gegangen. Dann gab es ein Gerangel zwischen dem 59-jährigen und einem der jungen Männer. Der Ältere fiel um und atmete nicht mehr. Die Geschichte stand in der Zeitung, auch wenn später herauskam, dass keiner umgebracht worden war, weil das Opfer laut Obduktionsbericht einem Herzinfarkt erlag. Aber Aufregung gab es trotzdem, weil so etwas Schreckliches nicht jeden Tag passiert.

Aber was hier wirklich jeden Tag passiert, taucht in keinem Polizeibericht auf. Wer kann, der geht nicht auf diesen Spielplatz in einer Neubausiedlung im südöstlichen Berlin, der weicht den Männern aus, die in die Häuser-schluchten hineinbrüllen, dass der Sieg am Ender ihrer sein wird. Nichts sehen, nichts hören – und vor allem nichts sagen. Im Berliner Bezirk Treptow – Köpenick haben Orte wie dieser inzwischen einen Namen. Man nennt sie Angstzone. Das klingt ein bißchen nach Sozialarbeiterdeutsch. Aber auch für die Polizei heißt der Spielplatz so, ebenso der S-Bahnhof. Angstzone, das ist nur ein Wort. Damit gemeint sind ganz normale Orte, die irgendwann aufgehört haben, normal zu sein. Dieses Wort sagt etwas über die Situation in dem Stadtbezirk, und es sagt etwas über eine Entwicklung, der bisher niemand so recht Herr zu werden vermag.

#### **Rechts ist jugendlicher Lebensstil**

Treptow-Köpenick im Südosten Berlins ist zu einer Hochburg der Neonazis und der Rechtsextremen geworden. Auch wenn die Nachbarbezirke Pankow und Lichtenberg ähnliche Probleme haben, steht keine Gegend in Berlin so sehr für das Wachstum des rechten politischen Randes wie der Südosten. Das hat auch mit dem schmucklosen Bau in der Seelenbinderstraße zu tun, und mit der Baustelle daneben. Hier residiert seit vier Jahren die NPD mit ihrer Bundeszentrale, und seit einer Weile baut

sie nebenan ihr „nationales Bildungszentrum“, in dem Menschen „strategisch, taktisch, operativ und politisch“ in die Lage versetzt werden sollen, den „Kampf für die Befreiung des Volkes“ zu führen. Im öffentlichen Bewusstsein spielte die NPD nach dem Verbotsverfahren bis zum Wahlerfolg in Sachsen kaum noch eine Rolle.

In Treptow-Köpenick allerdings zieht man eine andere Bilanz. Der Polizeidirektor Michael Knappe spricht von einer Sogwirkung Berlins auf Rechtsextremisten. Experten registrieren den Zuzug überzeugter Aktivisten der Szene. „Berlin als ehemalige Reichshauptstadt hat eine enorme Bedeutung für die Partei und ihre Anhänger“, sagt Knappe. „Und den Bezirk Köpenick hat man sich auch nicht zufällig ausgesucht“, mutmaßt er. Er bezieht sich auf die brutale Geschichte der so genannten Köpenicker Blutwoche im dritten Reich. Nach der Machtergreifung wurden im Juni 1933 in einer beispiellosen Säuberungsaktion mehr als 500 NS-Gegner in den berüchtigten Köpenicker SA-Sturmlokalen gefoltert, und mehr als zwei Dutzend wurden ermordet.

Die Partei selbst zieht dazu natürlich keine Verbindung. Aber auch wenn man in der Vergangenheit leiser und legalistischer aufgetreten ist, gibt die neuere Entwicklung dem Polizeiexperten Recht. Nach dem Wahlerfolg hat NPD-Chef Udo Voigt in einem Interview von einer neuen Reichkanzlei auf den Fundamenten des Holocaust-Mahnmals fantasiert und erklärt, er wolle auch „nationalsozialistische Strömungen“ in seine Partei integrieren. Die Trennung zwischen der NPD und militanten Neonazis, auf die in der Vergangenheit aus Furcht vor dem Parteiverbot sorgsam geachtet worden war, wird jetzt auch offiziell aufgegeben. Kurz nach der Sachsenwahl erklärten drei militante Neonazis den Eintritt in die Partei mit dem Ziel, eine Volksfront zu bilden. Die geplante gemeinsame Liste von NPD und DVU zur Bundestagswahl zeigt den Willen zur Bündelung der Kräfte auf allen Ebenen.

In Treptow-Köpenick beobachten Fachleute und Polizei schon seit etwa zwei Jahren eine Verschmelzung der Partei mit losen Kameradschaften. Spitzenfunktionäre der Bundesebene treten im Bezirk nicht auf. „Die achten darauf, das Nest sauber zu halten“, sagt Bianca Klose,

Mitarbeiterin beim Mobilen Beratungsteam Rechtsextremismus. Die Aktivitäten der Kameradschaften folgen aber exakt der vor Jahren formulierten Strategie der NPD: „Kampf um die Straßen, Kampf um die Köpfe, Kampf um die Parlamente“.

Besonderes Augenmerk richtet sich auf Jugendliche, besonders der Osten gilt als fruchtbarer Boden. Hier begreifen sich viele Jugendliche als „rechts“ und meinen damit einen Lebensstil, der sich aus Mode, Musik und Parolen zusammensetzt. Experten zufolge ist an vielen Orten die Mehrheit der Jugendlichen Teil dieser Subkultur. Bianca Klose: „Das ist teilweise so dominant, dass Jugendliche bei ihrer Identitätssuche gar keine Wahl mehr haben, welcher Gruppe sie angehören wollen.“ Der Rechtsextremismus taucht überall und in vielen Spielarten auf. „Die Codes wechseln schnell“, so Klose. Viele Jugendliche tragen Pullis der Marken Thor Steinar, Thule, Midgard oder Rizist mit eigenartigen Runenkombinationen oder mit Graffiti-Schriftzügen, wie sie in der Hiphopszene Mode sind. Manche zeigen ihre Einstellung gar nicht, andere sehen in ihren Lederjacken und Che-Guevara-Shirts aus wie linksautonomer Nachwuchs. Vereinigungen wie die Berliner Kameradschaft Tor nutzen auch linke Rhetorik und Symbolik und erheben wie einst linke Gruppen Forderungen nach eigenen Jugendzentren oder starten Hausbesetzungen. Das Logo zeigt einen Aktivist mit Sturmhaube, Sprüche wie „Braune Häuser, braunes Leben sollte es viel öfter geben“ erinnern an Spontiparolen. Der moderne Auftritt der „Mädelgruppe“ in der Kameradschaft mit Logos wie aus einem japanischen Comic ist für Jugendliche ansprechender als Braunhemden – und nicht so leicht zu tabuisieren.

Die geschulten Kader aus Kameradschaft und Partei sickern bewusst in Schulklassen, Jugendklubs, Freizeiteinrichtungen ein. Der Polizeidirektor Knappe spricht von „regelrechter Rekrutierung“ und berichtet: „Die helfen den Jugendlichen bei den Hausaufgaben, machen mit ihnen Computerspiele, unterstützen sie beim Bewerbungsschreiben und gehen mit ihnen zum Arbeitsamt.“ Knappe: „Es gibt zu wenig Betreuungsangebote für Jugendliche. Und in diese Situation hinein organisieren die Rechten Wochenendcamps an den Kaulsdorfer Seen: „Da seid ihr unter euresgleichen und Herren im eigenen Land.““

Bianca Klose berichtet von einer eigenen „rechtsextremen Erlebniswelt“ mit Läden, Kneipen, Klubs und Tattoostudios. „Das ist

keine Parallelwelt, sondern mittendrin“, sagt ihre Kollegin Catharina Schmalstieg. „Die Nazis leben nicht auf dem Mond.“ Für Jugendliche gebe es bei einem so breiten rechtsextremen Programm kaum Gründe, nach Alternativen zu suchen. In der Folge, so Knappe, würden die Jugendlichen direkt von der Schule zur Kaderschulung abgeholt. Am Ende tauchen immer jüngere, bereits geschulte Rechtsextreme auf.

Entsprechende Erfahrungen macht das mobile Beratungsteam seit einiger Zeit. Aufgabe der Experten ist es, Handlungskonzepte für bestimmte Situationen oder Einrichtungen zu erstellen. Es sind Einzelpersonen, Schulen, Jugendklubs oder auch Kommunalpolitiker, die sich an das Team wenden. Catharina Schmalstieg berichtet aus der Praxis im benachbarten Bezirk: „Inzwischen kommt es vor, dass Lehrer vor kompletten Klassenverbänden stehen, die rechtsextrem dominiert sind.“ Die Pädagogen erleben es, dass Schüler von der ganzen Klasse unwidersprochen als Hobby „Juden vergasen“ angeben. Und die Lehrer reagieren mitunter verunsichert – denn ihre Schüler bringen sie in der Auseinandersetzung in Argumentationsnöte. An besagter Schule werden die Lehrer jetzt geschult, wie sie Verhaltens- und Argumentationsmustern begegnen können.

Im „Kampf um die Straße“ sind NPD und Kameradschaften so aktiv wie lange nicht – zahlreiche Demonstrationen werden angemeldet, andere finden spontan statt, wie eine Aktion einer Kameradschaft neulich am Brandenburger Tor. Die NPD hat ihre Verhandlungsbereitschaft, was Demonstrationsrouten und Ziele betrifft aufgegeben. „Die werden provokativ und suchen die offene Konfrontation mit ihrem politischen Gegner“, sagt der Polizeidirektor Knappe. Ein Beispiel dafür ist die schließlich verbotene Demonstration gegen islamische Zentren, die ursprünglich durch das multikulturelle Kreuzberg führen sollte. Die Präsenz im öffentlichen Raum, das Schaffen so genannter nationaler Freiräume, die für Andersdenkende bedrohlich sind, gehört ebenfalls zum Programm. Praktische Erfahrungen im Umgang mit solchen Orten gibt es kaum, wie das Beratungsteam bilanziert, ein Rezept, wie man etwa einen S-Bahnhof von einer Angstzone zu einem normalen Ort macht, schon gar nicht. Am S-Bahnhof Schöneweide in Köpenick versucht das Team, mit der Polizei und Händlern eine Lösung zu finden. Kann sein, dass zu einer Beratung darüber, sofern sie öffentlich ist, einer der Neonazifunktionäre auftaucht und mitreden will. Das gehört zu der von NPD-Chef Udo Voigt ausgegebenen Wortergreifungs-

strategie. Man tritt auf öffentlichen Veranstaltungen auf, mit dem Ziel „diese zu stören der umzufunktionieren“, wie es Verfassungsschutzpräsident Heinz Fromm zusammenfasst.

In Köpenick erlebte der runde Tisch gegen Rechtsextremismus kürzlich, wie Mitglieder einer Kameradschaft durch die Tür spazierten. Man hatte Glück: Die Rechten waren zu spät gekommen. In solchen Fällen geht es darum, rechtzeitig zu klären, wer das Hausrecht hat und die ungebetenen Gäste des Raumes verweisen kann. Das Mittel kann aber nur wirken, wenn es sich um bekannte Gesichter handelt – wer als normaler Diskutant auftritt, kann die Gruppe schnell in eine Debatte verwickeln.

### **„Wir wissen wo du wohnst“**

Der Eingriff ins kommunalpolitische Geschäft gelingt auf vielen Ebenen. So hatte Bezirksbürgermeister Klaus Ulbricht in einer Bürgersprechstunde Besuch von einem ehemaligen NPD-Funktionär, der ein „nationales Jugendzentrum“ verlangte. Die Forderung wird auch andernorts erhoben. In Köpenick stellt sich der Funktionär mit Flugblättern an den S-Bahnhof. Die politische Orientierung wird unter dem Titel „Jugendinitiative Jugendzentrum Berlin Süd-Ost“ verschleiert. Klose diagnostiziert in solchen Fällen bei Kommunalpolitikern „Handlungsunsicherheit“. Sie rät zur kühlen Auseinandersetzung. Gegen ein solches Zentrum spreche die Tatsache, dass eine „nationale Jugendarbeit wegen ihrer rassistischen Orientierung nicht erwünscht sein kann und dass es sich um ein Rekrutierungsinstrument für verfassungsfeindliche Parteien handelt.

Der scheinbar zivile Auftritt der Rechten wird zu gegebener Zeit aber auch martialisch. So integriert die in Köpenick aktive Kameradschaft nach Erkenntnissen des Verfassungsschutzes militante und wegen Gewalttaten bekannte Neonazis. Man notiert sich ostentativ die Autokennzeichen der Teilnehmer am runden Tisch. Jugendliche, die sich in der Schule in einer Arbeitsgemeinschaft gegen Rechtsextremismus engagieren, finden Aufkleber mit der Aufschrift „Wir kennen dich“. Und Polizeidirektor Michael Knape, der im Internet zum Hauptfeind der Rechten stilisiert wird, sieht in seinem Wohnbezirk Sticker mit seinem Konterfei und der Parole „Wir wissen, wo du wohnst“.

Angst machen gehört zum Instrumentarium. Darüber redet man auf dem politischen Parkett nicht gerne, denn immer schwingt die Gefahr mit, rechtsextremes Potenzial größer zu machen, als es ist. Es ist wie mit den Angstzonen – bevor man einen öffentlichen Ort wie einen Bahnhof so nennen kann, muss man sich seine Umdeutung eingestehen. In Treptow-Köpenick hat man sich fürs Hinschauen entschieden.



taz, 03. Dezember 2004

### Schon wieder braunes Gesocks

*Nazi-Aufmärsche werden zum Dauerbrenner. Morgen ist Adlershof dran. Antifas und Bürgerinitiative gegen Rechts stellen sich quer - mit vier Gegenkundgebungen*

Vor zwei Wochen demonstrierten sie gegen den rechten Aufmarsch in Lichtenberg, vor einer Woche waren sie unterwegs im sächsischen Pirna und morgen steht Adlershof im Bezirk Köpenick auf dem Programm: Den Antifas müsste so langsam die Puste ausgehen.

Tut sie aber nicht. Bereits um 10 Uhr wollen sich die Gegendemonstranten am Platz der Befreiung und am Marktplatz Dörpfeldstraße treffen, um den Aufmarsch der rechtsradikalen Kameradschaft Berliner Alternative Süd-Ost (Baso) zu verhindern. Weitere Gegenkundgebungen sind um 12 Uhr am S-Bahnhof Spindlersfeld und am Mandrellaplatz geplant. Dort sollen die Rechten mit Trillerpfeifen ausgepiffen werden. Die Neonazis wiederum wollen um 11 Uhr am S-Bahnhof Adlershof zusammenkommen und über die Dörpfeld-, Müggelheimer und Seelenbinderstraße zum S-Bahnhof Köpenick ziehen. Der Grund ihres Aufmarschs: Sie fordern ein "freies Jugendzentrum".

Alles Mumpitz, sagt der Adlershofer Bürgerverein Cöllnische Heide. Um "national befreite Zonen" gehe es denen. In einem offenen Schreiben hatte der Verein Innensenator Ehrhart Körting (SPD) aufgefordert, den Nazi-Aufmarsch zu verbieten. Zu den Unterzeichnern gehörte unter anderem die Literatur-Nobelpreisträgerin Elfriede Jelinek. Körting lehnte jedoch ab und verwies auf die schwierige Rechtslage.

Die "Mobile Beratung gegen Rechtsextremismus" (MBR) beobachtet in den jüngsten Aufmärschen eine grundsätzlich neue Strategie der Neonazis. Bereits vor einem Jahr war die Baso mit rund 200 Anhängern in Treptow-Köpenick aufmarschiert. Damals lautete das Motto noch "Nationale Zentren erkämpfen". Inzwischen scheinen sie sich in ihrer Wortwahl zu mäßigen. Mit sozialen Themen werde versucht, "die demokratische Öffentlichkeit für sich zu vereinnahmen und Jugendliche für ihre Zwecke zu rekrutieren", sagt MBR-Leiterin Bianca Klose. Als Redner bei den Rechten wird unter anderem der vorbestrafte Hamburger Neonazi Christian Worch erwartet, der sich als Daueranmelder zahlreicher Aufmärsche bundesweit einen Namen gemacht hat. Auch René Bethage, ehemaliger NPD-Funktionär und Oberkader der Baso, ist als Redner mit von der Partie.

Die Polizei erwartet insgesamt etwa 400 Neonazis, die sie mit rund 1.000 Beamten begleiten will. "  
FELIX LEE

### Deutschlandfunk - Informationen am Morgen – 16. Dezember 2004

*Neonazis machen mobil - immer mehr auch an Berliner Schulen. Hakenkreuzschmierereien sind in manchen Bezirken schon fast an der Tagesordnung. Aber nicht nur damit machen sich die "braunen Kameraden" bemerkbar. Schüler, Lehrer und Hilfsorganisationen erleben zunehmend rechte Propaganda, Pöbeleien und Gewalt...*  
Ein Bericht von Agnes Steinbauer

*Schülerin:* An unserer Schule werden oft Nazi-Plakate geklebt und einmal ist was ziemlich Krasses passiert, dass der ganze Haupteingang mal mit NPD-Aufklebern beklebt war. Die waren so hoch gewesen, dass es schon geplant gewesen sein muss...

Was diese 17-Jährige, die lieber anonym bleiben möchte, an ihrer Schule erlebt, ist in Berlin keine Seltenheit mehr. Immer häufiger sind "braune Kameraden" - teilweise provozierend sichtbar - in Jugendzentren und Schulklassen präsent:

*Junge:*... War eben wie ein klassischer Rechter angezogen. Hat seine Jeans gehabt, seine Stahlkappenschuhe, seine Bomberjacken und teilweise ein eisernes Kreuz um den Hals getragen..das liegt - glaub ich auch daran, dass er an dieser Schule eine absolute Randfigur war.

Das sehen auch viele Pädagogen mit Besorgnis. Allerdings sind, wie *Lehrerin Ilona Nack* aus einem Gymnasium im Osten Berlins erfahren hat, nicht alle Kollegen dazu bereit, den Tatsachen wirklich ins Auge zu sehen:

Wir haben im Lehrerkollegium heftigst diskutiert und viele meinen: So ein Problem gibt es überhaupt nicht. Warum soll man darüber reden.

Nazis an der Schule, das sei, so Nack ein Makel, den viele Rektoren nicht auf sich sitzen lassen wollen. Weil sie um den Ruf ihrer Schule fürchten, würden rechtsextremistische Aktivitäten häufig verschwiegen. Häufig müssen - wie eine Schülerin berichtet - Symbole immer wieder weggewischt werden:

Jeden Tag wurden da Hakenkreuze gemalt und jeden Tag wurden sie übermalt, aber sie waren jeden Morgen danach wieder da. Und irgendwann ging das soweit, dass sie die ganze Mauer

abgerissen haben, nur damit die keine Hakenkreuze mehr da rauf malen können.

Die Lehrerin Ilona Nack hat Konsequenzen gezogen und veranstaltet mit ihren Schülern regelmäßig Projektstage gegen Rechtsextremismus. Sie glaubt, dass es höchste Zeit ist, das Phänomen bitterernst zu nehmen, denn: Auch, wenn das Problem nach außen nicht so gesehen wird: Wir erkennen, dass es genug Schüler und Schülerinnen gibt, die darauf anspringen, die labil sind, die bereit sein würden im Zweifelsfalle...

Bereit "für die neue Zeit" - Das wäre ganz im Sinne des NPD-Bundesvorsitzenden Udo Voigt. Schon 1998, beim sogenannten ersten Tag des "Nationalen Widerstandes" in Passau, machte er der Jugend klar, wo es lang gehen soll: „Wir fragen Dich nicht länger, was Du gestern gemacht hast, in welcher Partei oder Organisation Du gewesen bist, sondern wir erwarten von Dir, daß Du bereit bist, Dich einzufügen.“

*Musik (Nordwind):...in einem Land ohne jedes Ideal...Lichtenberg ist überall...*

"Deutschland den Deutschen" - dafür ist offensichtlich alles erlaubt. Mit deutsch-nationalen Blut- und Boden-Sprüchen nach dem Sündenbock-Prinzip aus Weimarer Zeiten, versuchen die Nazi-Barden auf der CD "Schnauze voll" den Jugendlichen einzutrichtern, dass der Ausländer den deutschen Menschen nur "abzockt":

*Musik (Annett): Ich arbeit mir den Arsch hier blau für seine sieben Gören und seine olle Frau - Sozialstaat, bloß für unsereins nicht...*

Zwar wurde diese sogenannte "Schulhof-CD", die kurz vor den sächsischen Landtagswahlen bundesweit verteilt werden sollte, von den Behörden verboten. Aber die "Arbeit" an den Schulen geht weiter; In welchem Ausmaß, darüber haben selbst professionelle Beobachter der rechtsradikalen Szene keine genauen Daten - weder für Berlin noch bundesweit. Propaganda-Material kursiere schon seit den 90er Jahren an Schulen, weiß Ulli Jentsch vom "Antifaschistischen Pressearchiv und Bildungszentrum" - kurz APABIZ - in Berlin, aber:

Eine neue Qualität ist mit Sicherheit das Ausmaß der Aktionen. So eine konzertierte Aktion der bundesdeutschen Neonazi-Szene, wo die Auflage einer CD im fünfstelligen Bereich liegt, zum Teil sogar darüber, das ist natürlich eine Geschichte, die einen sehr hohen Organisationsgrad verdeutlicht...

Neue Entwicklungen sieht auch Catharina Schmalstieg von der "**Mobilen Beratung gegen Rechtsextremismus**" in Berlin - Die Neonazis werden immer jünger:

Das fängt im Prinzip schon mit 14 Jahren an. Teilweise haben wir auch Berichte, dass in Grundschulen die Leute agitiert werden. Neues Phänomen sind die Kinder der Rechtsextremen, die in den 90er Jahre auffällig geworden sind und jetzt selbst Kinder haben und wenn Erzieher das Elterngespräch suchen, weil das Kind sich rassistisch aufführt, keine Partner in den Eltern finden, weil die sagen, das ist doch nur richtig, was das Kind sagt.

*Demo-Sprechchor: Frei, sozial und national.*

Slogans, die Jugendliche bei einer Demonstration kürzlich in Berlin skandierten - ihr "Führer" war der frühere NPD-Pressesprecher Rene Bethage. Er zählt zu den wichtigsten rechtsextremen Drahtziehern im Süd-Osten Berlins. Schon lange fordert er ein "nationales Jugendzentrum" für Treptow-Köpenick, will aber nicht öffentlich zugeben, daß es "ausländerfrei" sein soll:

*Bethage:* Wer sagt das, wo steht das?

*Sprechchor ...Widerstand läßt sich nicht verbieten...*

Meinungsfreiheit? ..Die "Jungchar" hat aber merkwürdigerweise Rede- und Versammlungsverbot. Die durchschnittlich Anfang 20-Jährigen durften nicht zu Transparenten Stellung nehmen, die sie im Demonstrationzug trugen. Auf einem stand zynischerweise: "Freiheit ist immer der Freiheit der Andersdenkenden"

Was habt Ihr mit Rosa Luxemburg gemeinsam?  
...Gehen Sie, Gehen Sie...

In Berlin und Brandenburg punkten besonders im Jugendbereich sogenannte "Kameradschaften"; Eine Szene, in der Musik und Outfit - Torsteiner-Kleidung etwa, mit verbotenen Nazi-Emblemen, wichtig sind; eine sich ständig wandelnde Szene, mit verschlüsselten Codes auf den Klamotten - welcher Normalbürger weiß schon, daß die Zahl "88" für "Heil Hitler steht". Ihre Treffen sind überwiegend konspirativ. Parteien wie die NPD lehnen sie häufig als zu lasch und weil zu parlamentsfreundlich ab.

Nach Beobachtungen der "**Mobilen Beratung gegen Rechtsextremismus**" agieren die "Kameraden" überwiegend im Osten, aber ebenfalls an sozialen Brennpunkten im Westen Berlins.

Das gilt auch für den Schulbereich meint Ulli Jentsch: Es scheint sehr stark von der Schulform abzuhängen. Berufsfachschulen sind ein großes Problem. Da erreichen uns sehr viele Berichte, oft von Lehrern, die verzweifelt sind, wie massiv da Neonazi-Propaganda zu sehen ist...

Dass Propaganda bei weitem nicht alles ist, sondern dass es auch ganz handfest zur Sache gehen kann, mussten ein 17-Jähriger und seine 18-Jährige Freundin, die von Neonazis als "Linke" geoutet wurde, leidvoll erfahren. Der Junge wurde krankenhaushausreif geschlagen und wird nun von der Opferberatung "Reach out" in Berlin betreut. Die beiden leben nun in ständiger Gefahr, wieder angegriffen zu werden. Sie meiden bestimmte Plätze und sind meist nur noch auf dem Fahrrad in ihrem Kiez unterwegs. Die Unterwanderungsversuche brauner "Kameraden" haben auch sie an ihren Schulen mehrfach beobachtet:

*Junge:* Da war letztes Jahr ein ziemlich bekannter Fascho, der auch der Schule verwiesen wurde, für ein paar Tage, weil er einen Hitlergruß auf dem Schulhof gezeigt hat. Und solche Sachen passieren halt immer wieder und es wird gedroht, daß man von der Schule abgeholt wird von denen, daß die dann warten mit ein paar Mann.

*Mädchen:* Ja, Kleine Leute, die nehmen sie mit, da wird dann auf Kumpelbasis getan und dann merken die Kleineren halt: Das ist ja wohl lustig, die sind ja voll nett. Wir sind ja alle eine Gemeinschaft und da zieht man irgendwie mit...Das ist eben dieser Gruppenzwang.



junge welt, 22. Dezember 2004

### Getarnte »Kameraden«

*Neonazis versuchen in Berlin, verstärkt in Schulen und Jugendklubs Fuß zu fassen. Dabei scheinen Springerstiefel und Bomberjacke eher hinderlich zu sein...*

Andreas Siegmund-Schultze Rechte Schmiere-reien, rassistische und antisemitische Sprüche, Ausgrenzen von Minderheiten, Neonaziklamotten sind Erscheinungen, wie sie täglich an deutschen Schulen zu beobachten sind. Einem Beitrag des Deutschlandfunkes vom vergangenen Donnerstag zufolge sind neofaschistische Positionen gerade an Berlins Schulen und in Jugendeinrichtungen auf dem Vormarsch.

junge Welt fragte an zwanzig Berliner Schulen, ob rechte Vorfälle verglichen mit den Vorjahren zugenommen hätten. Neun Einrichtungen bestätigten das, vier sprachen von einem gleichen Niveau, sieben gaben keine Auskunft. Deutlich wird ein unterschiedliches Problembewußtsein. Vorfälle mit rechtsextremen Hintergrund werden aus Angst um den Ruf der Schule mitunter gedeckelt oder durch das Leugnen des politischen Hintergrundes verharmlost. Der rassistisch motivierte Übergriff ist dann schnell eine typische Prügelei unter Jugendlichen. Ein gesprühtes Hakenkreuz an der Schulmauer fällt unter normales Graffiti.

Aber, es gibt auch andere Möglichkeiten: das Problematisieren des Neofaschismus bei Projekttagen, Ausflüge zu Orten deutscher Naziverbrechen, schulexterne Projekte wie die Pflege von Orten der Erinnerung oder das Betreuen von Menschen in Flüchtlingsheimen sind Beispiele für einen ernsthaften Umgang mit dem Problem.

Ein Sprecher des Berliner »Antifaschistischen Pressearchiv und Bildungszentrum« (apabiz) sieht in der Jugendarbeit der Neonazis bundesweit eine besorgniserregende Entwicklung. Beispielhaft für das Bemühen der Rechten sei die in fünfstelliger Zahl gepreßte CD mit neofaschistischer Musik, die trotz Verbots und teilweiser Beschlagnahmung in der Szene Verbreitung findet, so der apabiz-Sprecher. Auch die Kam-

pagne Berliner Neofaschisten für ein »Nationales Jugendzentrum« weist in diese Richtung. So trugen Neofaschisten Anfang Dezember bei einem Aufmarsch im südöstlichen Bezirk Trepow-Köpenick Transparente mit Slogans wie »Jugend braucht Perspektiven« und »für eine revolutionäre Jugendbewegung« durch die Straßen. Die Teilnehmer des Aufzuges waren zumeist Jugendliche zwischen 16 und 20 Jahren. Offensichtlich wurde an diesem Tag, daß das althergebrachte Klischee vom Glatzkopf mit Bomberjacke und Springerstiefeln nicht mehr stimmt. Überwiegend präsent waren Neofaschisten im Autonomen-Look, teils sogar mit Pal Tuch und Che-T-Shirt.

Daß Neonazis in Schulen und in der Öffentlichkeit immer verdeckter auftreten, beobachtet auch **Timm Köhler von der Mobilen Beratung gegen Rechtsextremismus (MBR)**: »Staatliche und gesellschaftliche Repression hat zu starken Veränderungen im rechtsextremen Lifestyle geführt«, sagt Köhler gegenüber junge Welt. »Die Neonazis agieren heute verdeckter und kleiden sich unauffällig«, seine Beobachtung. Matthias Adrian von Exit schätzte im jW-Gespräch ein, daß rechte Musik und entsprechende Lifestyleartikel nicht zu unterschätzen seien. So vorbereitete Jugendliche der rechten Subkultur müßten häufig nur noch von organisierten Neonazis abgeholt und in Gruppen integriert werden. Adrian selbst war in rechten Organisationen wie der NPD und deren Jugendorganisation »Junge Nationaldemokraten« aktiv. Seit seinem Ausstieg vor vier Jahren arbeitet er auch im Schulbereich an Projekten gegen Rechtsextremismus.